



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 21.03.2025 bis 28.03.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Bhutan: Das Leben einer Christin im Himalaya	4
Deutschland: Christliche Initiative in Syrien erhält den Stephanuspreis	5
Deutschland: Debatte um Kirchenasyl hält an	6
Deutschland: Friedensgebet von Lebensrechtlern unter Polizeischutz	7
Deutschland: Mit Kettensäge in Kirche eingebrochen	8
Deutschland: Zentralrat der Juden übt scharfe Kritik an Bundesregierung	9
DR Kongo: Haus der Missionsschwestern überfallen	10
Elfenbeinküste: Praktische Nächstenliebe	11
Großbritannien: Schule sagt Osterfeiern ab	12
Indien: Ethnoreligiöse Gewalt bricht in Manipur aus	13
Indonesien: 10 Jahre vergeblicher Kampf für eigene Kirche	14
Indonesien: Christliche Apologeten flüchten ins Ausland	15
Iran: Inhaftierter Christ erleidet Schlaganfall nach Hungerstreik	17
Iran: Lange Haftstrafen für Christen	18
Laos: Verhöre, Vorladung und strenge Überwachung	19
Libyen: Wie geht es den Christen in Libyen ?	21
Nigeria: Ein katholischer Priester wird entführt	22
Nigeria: Vier nördliche Bundesstaaten schließen alle Schulen während des Ramadans	23
Nigeria: Zwei Personen festgenommen	25
Nordmazedonien: Wie geht es den Christen in Nordmazedonien?	26
Österreich/Irak: Konvertit aus dem Irak soll abgeschoben werden	27
Pakistan/ UN: Blasphemiegesetze scharf verurteilt	28
Pakistan: Aus Schuldknechtschaft befreit	30
Pakistan: Historisches Urteil annulliert Zwangsheirat von Shahida Bibi	31
Pakistan: Neue Blasphemie-Anklage	32
Pakistan: Richter in Blasphemie-Fälscherring verwickelt	34
Russland: Okkulte Praktiken	36
Saudi-Arabien: Konssion	37
Sri Lanka: Schwierige Erfahrungen für Konvertitin während des Ramadan	38
Sudan: Christen in den Mühlen des Bürgerkriegs	40
Sudan: Ende des Krieges scheint nicht in Sicht	42

Sudan: General der sudanesischen Streitkräfte spricht Drohungen aus	43
Südsudan: Eskalation im Südsudan	44
Syrien: Sorge über religiös motivierte Gewalt	45
Ukraine: Strafverfolgung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen wegen „Ungehorsams“	46
USA: USCIRF veröffentlicht Jahresbericht über Religionsfreiheit weltweit	48

Bhutan: Das Leben einer Christin im Himalaya

IIRF-D/ODCH/Tübingen/26.03.25 - Wie ist es, Jesus im Himalaya nachzufolgen? Vor Kurzem haben wir einen seltenen Einblick erhalten, wie der christliche Glaube in Bhutan aussieht, einer kleinen Nation, die hoch oben im östlichen Himalaya liegt. Choden* berichtet, welche Konsequenzen ihre Entscheidung, Jesus nachzufolgen, mit sich gezogen hat.

«Ich habe Christus 2009 angenommen», erzählt Choden*. «Gott hat mich in diesem Jahr erwählt und seitdem folge ich ihm und setze meine Hoffnung auf ihn. Nachdem ich mich zum Christentum bekannt hatte, liess die Verfolgung nicht lange auf sich warten.»

Ihr Vater war über ihre Entscheidung alles andere als glücklich. «Mein Vater erklärte, ich sei nicht länger seine Tochter. Er schlug mich auch auf mein Genick und hätte mich fast getötet», erinnert sie sich. Schliesslich wurde Choden aus dem Haus vertrieben. Dennoch hält sie an ihrem Glauben an Christus fest.

Diskriminiert am Arbeitsplatz

Doch Choden erlebte nicht nur durch ihre eigene Familie Verfolgung, sondern erlitt auch an ihrem Arbeitsplatz Diskriminierung aufgrund ihres Glaubens. Ihre Kollegen kritisierten sie und setzten sie psychisch unter Druck. Folglich war sie gezwungen, ihren Job zu kündigen. Nun kümmert sie sich zu Hause um ihre Kinder, während deren Vater als Fahrer in einem Unternehmen arbeitet.

Trotz aller Schwierigkeiten sagt sie: «Wenn ich zurückblicke, bin ich froh, für den Herrn verfolgt worden zu sein.»

Das Leben eines Christen in Bhutan

Choden gibt uns einen Einblick in das, was Christen in Bhutan erdulden müssen, und bittet uns, für die Erweckung in ihrem Land zu beten.

Als Christen in Bhutan müssen wir viel für Jesus opfern. Es ist sehr schwierig, hier Christ zu sein», erklärt sie. Das Land liegt derzeit auf Platz 36 des Weltverfolgungsindex von Open Doors.

Die Staatsreligion ist der Buddhismus, und die Menschen sind zutiefst religiös. Es wird davon ausgegangen, dass jeder in Bhutan Buddhist ist. Wer zum Christentum konvertiert, wird mit Misstrauen betrachtet. Die örtlichen Behörden weigern sich oft, Christen die notwendigen Papiere für Kreditanträge, die Eintragung von Grundstücken, Arbeitsanträge und die Erneuerung ihres Personalausweises auszustellen. Folglich werden die Gläubigen oft unterdrückt, diskriminiert und boykottiert.

Die Kirche in Bhutan

Da es in Bhutan keine registrierten Kirchen gibt, versammeln sich die Christen stattdessen in ihren Häusern. Keine der Kirchen ist offiziell vom Staat anerkannt, was bedeutet, dass Christen, die sich in diesen kleinen Gemeinschaften versammeln, illegal handeln und somit strafrechtlich verfolgt werden können.

Doch Choden ist zusammen mit 20 bis 25 anderen weiterhin Teil einer örtlichen Gemeinde. Sie ist ein engagiertes Mitglied im Kirchenchor. Ihre Kirche ist oft Zielscheibe von Verfolgung. Trotzdem machen sie weiter. «Der Herr beschützt uns», sagt sie.

Choden sagt, sie sei jetzt «stolz darauf, für den Herrn verfolgt worden zu sein». Und sie bittet uns, für sie, ihren Mann und die aktuelle Situation zu beten.

Quelle: Open Doors Schweiz (21.03.2025)

https://www.opendoors.ch/news/bhutan-das-leben-einer-christin-im-himalaya/?cldee=7beoVEsv9G2kXAVrDA2cIaYAFogC3PZ4Uek6rZqOwf9h0WbTT5_2Ted8stb5AUWx&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-545b1dd078c24fe18ff8a3ad1aad497c&esid=a744bc4c-1104-f011-bae3-7c1e5236adba

Deutschland: Christliche Initiative in Syrien erhält den Stephanuspreis

Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen würdigt „Blaue Maristen“

Frankfurt am Main/Aleppo (IDEA) – Für ihren „heroischen Einsatz“ in Syrien erhält die dortige Initiative der „Blauen Maristen“ den diesjährigen Stephanuspreis. Das teilte die „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“ am 21. März in Frankfurt am Main mit. Die „Blauen Maristen“ setzten sich für Versöhnung, Wiederaufbau und Frieden ein. Sie linderten ferner das Leid ihrer Mitmenschen ungeachtet deren Religionszugehörigkeit. Das taten sie in einer Zeit, in der „die radikale Islamisierung in Syrien auf vielen Ebenen“ voranschreite. Von den Hilfsprogrammen für bedürftige und vertriebene Familien in Aleppo profitierten Tausende von Menschen. Stellvertretend für die Gruppe wird der Preis den Gründern und ehemaligen Leitern Nabil Antaki, seiner Ehefrau Leyla Moussalli und dem Maristenbruder Georges Sabé übergeben. Antaki nimmt die Auszeichnung während eines Festakts am 29. März in Bonn persönlich in Empfang. Die „Blauen Maristen“ sind nach eigenen Angaben eine Gruppe von katholischen Ordensbrüdern und Laien, die sich von der Spiritualität des heiligen Marcellin Champagnat (1789–1840) inspirieren lassen, um das Evangelium in Einfachheit, Bescheidenheit und Demut zu leben. Der Preis wie auch die Stiftung sind nach dem Diakon der christlichen Urgemeinde, Stephanus, benannt, der als erster Märtyrer wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus gesteinigt wurde. Die mit 1.000 Euro dotierte Auszeichnung wird seit 2006 jährlich verliehen. Die Stiftung hilft unterdrückten und verfolgten Christen zum Beispiel mit Zuschüssen für ihre juristische Verteidigung und macht auf Verletzungen der Religionsfreiheit aufmerksam. Vorstandsvorsitzende ist Michaela Koller, Referentin für Religionsfreiheit bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Deutschland: Debatte um Kirchenasyl hält an

Bremen: Pastor Thomas Lieberum verfolgt mit seiner Gemeinde weiter seinen eigenen Kurs

Bremen (IDEA) – Die Debatte um den Umgang mit dem Kirchenasyl in der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) hält weiter an. Der Schriftführer der BEK, Bernd Kuschnerus, berichtete dem Fernsehmagazin „buten un binnen“ (Radio Bremen) in diesem Zusammenhang von einem Gespräch mit Pastor Thomas Lieberum von der Vereinigten Evangelischen Gemeinde Bremen-Neustadt. Nachdem sich die BEK erst kürzlich von einer Protestaktion des Bremer Flüchtlingsrats in den Räumen ihres Gemeindezentrums Zion [distanziert](#) hatte, habe sich Lieberum auf einen Kompromiss eingelassen. Bis auf weiteres werde seine Gemeinde keine Flüchtlinge mehr ins Kirchenasyl aufnehmen. Zudem dürften in den Gemeinderäumlichkeiten keine Veranstaltungen des Bremer Flüchtlingsrats zum Thema Kirchenasyl mehr stattfinden. Lieberum wies diese Aussagen jedoch zurück. Es habe zwar ein Gespräch gegeben, aber keine entsprechende Vereinbarung. Ob Menschen Kirchenasyl gewährt werde, entscheide außerdem jede Gemeinde selbst.

Eine Gemeinde stellt sich gegen Abschiebungen

Es ist nicht das erste Mal, dass Lieberums Gemeinde im Zentrum der Auseinandersetzungen um Ausweisungen aus Bremen steht. Erst im Dezember 2024 sollte ein 25-jähriger Somalier aus dem Kirchenasyl der Gemeinde nach Finnland abgeschoben werden. Sie hatte jedoch in einem Härtefalldossier vorgetragen, dort drohe ihm eine schnelle Abschiebung nach Russland ohne faires Verfahren. Diese Argumentation überzeugte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht. In der Nacht auf den 4. Dezember rückten Polizeibeamte an, um den abgelehnten Asylbewerber in ein Flugzeug nach Finnland zu setzen. Doch dazu kam es nicht, weil rund 100 Gemeindeglieder und Demonstranten den Zugang zum Gemeindezentrum [blockierten](#). Lieberum unterstützte die Aktion, indem er die Glocken der Zionskirche läutete. Nachdem die Polizei wieder abgezogen war, übernachteten Demonstranten in der Kirche, um einen weiteren Abschiebeversuch zu verhindern.

CDU: Kritik an Umgehung von Gesetzen

Lieberums Gemeinde verfolgt schon seit längerem ihren eigenen Kurs im Umgang mit Migrant*innen. Beispielsweise hilft sie laut „buten un binnen“ Asylbewerber*innen, Gutscheine gegen Bargeld einzutauschen. Seit Anfang März erhalten sie in Bremen anstelle von Bargeld eine Bezahlkarte. Das soll den Verwaltungsaufwand verringern und verhindern, dass Bargeld ins Ausland geschickt wird. Mit dieser Bezahlkarte können sie Gutscheine erwerben und diese wiederum in den Räumlichkeiten der Zionskirche gegen Bargeld eintauschen. Die Gemeinde kooperiert dabei mit dem „Bremer Bündnis gegen Rechts“, das die Einführung der Bezahlkarte als „Schikane“ der Behörden bezeichnet. Kritik an der Aktion kommt unter anderem von der sozialpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, Sigrid Grönert: Wer die Bezahlkarte nutze, um Gutscheine zu kaufen, unterlaufe deren eigentlichen Zweck. „Hier braucht es klare Regeln“, wie Grönert laut einer Mitteilung der CDU-Bürgerschaftsfraktion erklärte. Gutscheinkäufe mit der Bezahlkarte sollten daher unterbunden werden. Wer Flüchtlinge wirklich unterstützen wolle, setze sich für Integration, Sprachförderung und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt ein. „Parallelstrukturen zu schaffen, um eine demokratisch bundesweit beschlossene Maßnahme zu umgehen, hilft niemandem“, so die freikirchliche Christin.

Deutschland: Friedensgebet von Lebensrechtlern unter Polizeischutz

Leipzig: Gegner hatten eine Absage der Veranstaltung gefordert

Leipzig (IDEA) – Unter Polizeischutz hat das jährliche Friedensgebet der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA) in der Leipziger Nikolaikirche stattgefunden. Anlass für die Sicherheitsmaßnahmen war eine angemeldete Gegendemonstration sowie massive Kritik an der Lebensrechtsorganisation, sagte die ALfA-Bundesvorsitzende Cornelia Kaminski (Fulda) der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Im Vorfeld hatte ein Bündnis aus feministischen Organisationen und Wissenschaftlern der Hochschule Merseburg die Nikolaikirche in einem offenen Brief aufgefordert, die Veranstaltung abzusagen. ALfA nutze, so der Vorwurf, „bewusst manipulative, oft auch aggressive Methoden“ und verbreite aktiv „Falschinformationen“. Die Organisation setze ungewollt Schwangere mit „gezielter Desinformation“ unter Druck. Zudem sei ALfA frauenfeindlich und agiere „offen gegen trans Personen und queere Lebensweisen“. Auch die angebotene Beratung sei nicht neutral und werde irreführend als Schwangerschaftskonfliktberatung präsentiert. Mit der Absage der Veranstaltung solle die Kirche „ein Zeichen für das Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung“ setzen, hieß es.

ALfA weist Vorwürfe zurück

In einer Stellungnahme wies Kaminski die Vorwürfe entschieden zurück. Die Organisation sei mehrfach für ihre „hervorragende Arbeit“ ausgezeichnet worden. Dies zeuge vom Engagement von ALfA für „Transparenz, Verlässlichkeit und Fairness“. Familien seien sehr dankbar für die angebotene Hilfe und würden ALfA weiterempfehlen. Alle Informationen, die verteilt würden, seien wissenschaftlich belegt, wie etwa die über mögliche psychische Folgen nach einer Abtreibung. Desinformation gebe es vielmehr dort, wo der „vorgeburtliche Mensch als Schwangerschaftsgewebe“ bezeichnet werde – „und Frauen erzählt wird, eine chemische Abtreibung sei weniger gefährlich als eine Geburt“, so Kaminski. Auch dem Vorwurf der Frauen- und Queerfeindlichkeit, der sich auf einen Facebook-Post von ihr bezog, widersprach die Bundesvorsitzende: „Kritik daran, dass Frauen mit männlichem, ungepflegtem Äußeren zur Frau des Jahres gewählt werden, muss Frauen erlaubt sein.“ Wer Frauen diese Kritik nicht zugestehe, agiere selbst frauenfeindlich.

Weitere Anschuldigung: „Judenhass“

Auch während der Veranstaltung wurden weitere Anschuldigungen laut: In einem vor der Kirche verteilten Flugblatt sei unter anderem behauptet worden, in der ALfA gebe es „unverhohlenen Judenhass“, so Kaminski. Begründet wurde dies mit der Mitgliedschaft im Bundesverband Lebensrecht (BVL), dessen Vorsitzende Abtreibungen mit dem Holocaust verglichen habe – ein Vorwurf, den Kaminski als unwahr zurückwies. Während des Gebets selbst sei es zu keinen weiteren Zwischenfällen gekommen. Drei Streifenwagen mit Polizisten seien zur Beobachtung vor der Kirche positioniert gewesen. Die geschätzten 12 bis 15 Gegendemonstranten blieben Kaminski zufolge friedlich. Nach dem Gebet suchten ALfA-Mitglieder das Gespräch mit den Demonstranten, das nach eigenen Angaben „respektvoll und offen“ verlief. Es sei das erste Mal, dass das jährliche Gebet von solch massiver öffentlicher Kritik und Polizeipräsenz begleitet wurde, sagte Kaminski.

Deutschland: Mit Kettensäge in Kirche eingebrochen

Hagen: Zeugen sahen einen Mann weglaufen, der Forstarbeiterkleidung trug

Hagen (IDEA) – Zu einem ungewöhnlichen Einbruch ist es in einer griechisch-orthodoxe Kirche in der Innenstadt von Hagen gekommen. Wie die dortige Polizei mitteilte, hat ein bislang unbekannter Mann am 18. März eine Seitentür der Kirche mit einer Kettensäge aufgeschnitten. Gegen 12.50 Uhr sei eine 69-jährige Frau, die die Kirche durch eine andere Tür betreten hatte, auf die beschädigte Pforte aufmerksam geworden. Weil sie Angst hatte, eventuell einem Einbrecher zu begegnen, habe sie sofort die Kirche verlassen. Sie sei zu einem Bekannten gelaufen, der im Auto vor der Kirche auf sie wartete, und habe die Polizei benachrichtigt. Den Beamten sagte die Zeugin, dass auf den ersten Blick nichts gestohlen worden sei. Ob es sich bei der Zeugin um eine Kirchenmitarbeiterin oder eine Reinigungskraft handelt, ist der Pressestelle der Hagener Polizei nicht bekannt. Ihr Bekannter ergänzte, dass ein Mann mit Kettensäge an seinem Fahrzeug vorbeigelaufen sei, kurz nachdem seine Bekannte in die Kirche gegangen sei. Der Mann war den Angaben zufolge etwa 1,6 Meter groß, schlank und trug die Funktionskleidung eines Forstarbeiters, eine Jacke und Hose in orange oder gelb. Die Kettensäge habe eine ähnliche Farbe aufgewiesen. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ohne Erfolg. Weitere Erkenntnisse gebe es nicht, hieß es bei der Pressestelle auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Nach Angaben der Zentrale der Griechisch-Orthodoxen Kirchen in Deutschland (Metropolie) in Bonn ist die Kirchengemeinde in Hagen nur zu den Gottesdienstzeiten geöffnet. Zur Metropolie gehören über 70 Kirchengemeinden mit etwa 150 Gottesdienststätten und rund 450.000 Mitgliedern.

Deutschland: Zentralrat der Juden übt scharfe Kritik an Bundesregierung

Sie habe sich zu wenig für die Hamas-Geiseln engagiert

Berlin (IDEA) – Scharfe Kritik am unzureichenden Engagement der bisherigen Bundesregierung für die Hamas-Geiseln hat der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster (Würzburg), geübt. Im Gespräch mit dem Berliner „Tagesspiegel“ sagte Schuster: „Gerade das Auswärtige Amt hat sich meist vornehm zurückgehalten, um vermeintliche Verhandlungspartner nicht zu verprellen.“ Weiter sagte er: „Aufrufe zur Freilassung der Geiseln wurden meist mit mahnenden Worten an Israel ergänzt; was für eine Indifferenz!“ Besonders enttäuscht zeigte sich Schuster von dem „gähnenden Schweigen“ der deutschen Politiker hinsichtlich der Beerdigung der Geisel Shiri Bibas und ihrer beiden kleinen Kinder, die auch die deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Zum Hintergrund: Bibas, ihr Ehemann und ihre beiden Kinder wurde am 7. Oktober 2023 durch die islamistische Terrororganisation Hamas aus dem Kibbuz Nir Oz entführt. Der Ehemann von Shiri Bibas kam am 1. Februar 2025 im Zuge einer Geiselübergabe frei. Die Leichen der Kleinkinder wurden am 20. Februar an Israel übergeben, die Leiche von Shiri Bibas einen Tag später. Hierzu bezeichnete Schuster das Schweigen der Bundesregierung als einen „Tiefpunkt deutscher Außenpolitik“. Ein positives Zeichen sei hingegen das Treffen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (Berlin) mit befreiten Geiseln aus dem Gazastreifen und Angehörigen im Schloss Bellevue am 26. März. Schuster lobte dessen Arbeit und seine Kontakte zum israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog (Jerusalem).

DR Kongo: Haus der Missionsschwestern überfallen

Kinshasa (Fides) - Das Haus der Missionsschwestern von Santo Domingo (Misioneras de Santo Domingo) in der Gemeinde Kimbanseke in Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, wurde überfallen.

Die Ereignisse gehen auf die Nacht vom 18. auf den 19. März zurück, als mit Macheten bewaffnete Männer, die gemeinhin als „Kuluna“ bezeichnet werden, in das Haus der Schwestern eindrangen, indem sie eine Wand durchbrachen, bevor sie die Schwestern bedrohten und Geld, Telefone, Computer und andere Wertgegenstände erbeuteten.

„Wir möchten die Empörung des Erzbischofs von Kinshasa, Kardinal Fridolin Ambongo, über den Angriff auf die Gemeinschaft der Missionsschwestern von Santo Domingo in der Gemeinde Kimbanseke zum Ausdruck bringen“, heißt es in der von Pfarrer Clet-Clay Manvemba, dem Kanzler der Erzdiözese Kinshasa, unterzeichneten Erklärung. „Der Kardinal drückte seine Verbundenheit mit den Ordensfrauen aus, die Opfer dieser Barbarei wurden, und ermutigte sie, Widerstand zu leisten und sich vom Licht der Hoffnung leiten zu lassen. Er nutzte die Gelegenheit, um die verschiedenen Kongregationen aufzufordern, ihre Wachsamkeit zu verstärken, ohne in Panik oder Angst zu verfallen“.

Bei der Polizei wurde unterdessen Anzeige gegen Unbekannt erstattet, während sich der Gerichtsvikar der Erzdiözese an den Ort des Geschehens begab.

Der Überfall macht einmal mehr auf die zunehmende Unsicherheit in der kongolesischen Hauptstadt aufmerksam, wo kriminelle Banden agieren und sowohl Zivilisten als auch religiöse Einrichtungen ins Visier nehmen.

Die Bezeichnung „Kuluna“ wurde erstmals in den 1990er Jahren verwendet, um städtische Jugendliche aus dem Südwesten der Demokratischen Republik Kongo zu bezeichnen, die auf der Suche nach Diamanten illegal aus dem Norden nach Angola eingewandert waren, und ist seit dem Jahr 2000 zu einer allgemeinen Bezeichnung für Kriminelle geworden.

Von den Außenbezirken Kinshasas, in die sich die Polizei nicht wagt, breiteten sich die Banden allmählich in die zentralen Stadtteile aus. Von Kinshasa aus dehnte sich das Phänomen der „Kuluna“-Banden auch auf andere Städte aus. Um die kriminellen Banden zu bekämpfen, führte die Regierung der Demokratischen Republik Kongo umfangreiche Razzien durch und nahm Hunderte von mutmaßlichen Kriminellen fest, von denen viele zum Tode verurteilt wurden, nachdem die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Todesstrafe wieder eingeführt hatte.

(L.M.) (Fides 21/3/2025)

Elfenbeinküste: Praktische Nächstenliebe

Der fünftägige Einsatz von AVC Italien in der Elfenbeinküste war ein voller Erfolg. Menschen wurde nachhaltig geholfen. Für eine gute Fortsetzung der Arbeit bitten wir um eure Unterstützung im Gebet.

(AVC) In zwei Dörfern verteilten Mitarbeitende von AVC Italien warme Mahlzeiten und Kleidung an 2200 Kinder. Die Reparatur eines Brunnens ermöglichte Zugang zu frischem Trinkwasser für über 500 Familien. Zudem wurden drei Evangelisationseinsätze durchgeführt. Das Team berichtet, dass viele Menschen tief berührt von der Guten Nachricht waren.

Dank guter Kontakte zum Krankenhaus von Dimbokro konnte ein Treffen mit dem Direktor organisiert werden. AVC Italien plant eine Zusammenarbeit mit der Augenklinik. Einige Ärzte haben sich bereit erklärt, unentgeltlich dafür zu arbeiten.

Wir beten

...für die wertvolle Arbeit von AVC Italien,

...für Erweckung in den von ihnen unterstützten Gebieten,

...für eine gute Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus von Dimbokro.

Großbritannien: Schule sagt Osterfeiern ab

Schulleiterin begründet dies mit Respekt vor verschiedenen Glaubensrichtungen

Eastleigh (IDEA) – In der britischen Grafschaft Hampshire kochen die Emotionen wegen der Entscheidung an einer Grundschule in Eastleigh hoch: Die Schulleiterin hat die jährliche Osterparade und den Ostergottesdienst abgesagt. In einem kürzlich verschickten Brief an die Eltern begründete Stephanie Mander dies mit dem „Respekt vor der Vielfalt“. Man wolle die Inklusion damit fördern und sicherstellen, dass die Schule die verschiedenen Glaubensrichtungen ihrer Schüler und Familien respektiere. Das Schreiben löste heftige Reaktionen in ganz Großbritannien aus, sogar unter Politikern. Wie lokale Medien berichten, erheben Kritiker unter anderem den Vorwurf, dass die Schule traditionelle Feiern untergrabe.

„Angriff auf das Christentum“

Eine christliche Gruppe rief zu einer Protestveranstaltung am 3. April auf und bezeichnete die Entscheidung als „Angriff auf das Christentum“. Infolge der massiven Kritik befindet sich die lokale Polizei in erhöhter Alarmbereitschaft, berichtet die regionale Boulevardzeitung „Daily Echo“. In einem zweiten Schreiben vom 25. März versuchte die Schulleiterin, die Wogen zu glätten. Sie erklärte darin, dass man das Osterfest in der Schule sehr wohl feiern werde, jedoch nicht mit der üblichen Osterparade und dem Gottesdienst. Wie auch über andere religiöse Feste lernten die Kinder weiterhin etwas über Ostern. Der Vorfall hatte online zahlreiche Debatten ausgelöst. Am 25. März stand etwa auf dem Kurznachrichtenkanal X (ehemals Twitter) der Begriff „Ostern“ in Großbritannien auf Platz eins in den Trends.

Indien: Ethnoreligiöse Gewalt bricht in Manipur aus

International Christian Concern - Im nordöstlichen Bundesstaat Manipur, Indien, ist kürzlich neue ethnische Gewalt zwischen den christlichen Kuki-Zo und den hinduistischen Meiteis ausgebrochen und hat die Glut vergangener Gewalt zu einem lodermendem Feuer neu entfacht.

Am 18. März wurde ein 51-jähriger Mann aus der Hmar-Gemeinschaft, die zu den Meiteis gehört, bei den Zusammenstößen, bei denen auch mehrere Menschen verletzt wurden, in den hügeligen Regionen des Distrikts Churachandpur in Manipur getötet, wo die meisten Kuki-Zo-Stämme leben.

Die Wurzeln der gewalttätigen ethnoreligiösen Auseinandersetzungen lassen sich bis ins Jahr 2023 zurückverfolgen, als die beiden größten Gruppen, die mehrheitlich hinduistischen Meitei und die in der Minderheit befindlichen christlichen Kuki-Zo, um Land und Einfluss kämpften.

Zu den ersten Auseinandersetzungen kam es, nachdem der Oberste Gerichtshof von Manipur im April 2023 einen Beschluss gefasst hatte, der der dominierenden Meitei-Gemeinschaft den Status eines „Scheduled Tribe“ (Verzeichneter Stamm) zu verleihen schien. Diese Entscheidung wurde später vom Obersten Gerichtshof Indiens kritisiert, aber erst nachdem die Gewalt begonnen hatte.

Das Argument der Kukis war, dass ein solcher Status für die Meitei ihren bereits starken Einfluss auf die Regierung und die Gesellschaft stärken würde und es ihnen ermöglichen würde, Land zu kaufen oder sich in Gebieten niederzulassen, in denen überwiegend Kukis leben.

Die Meiteis leben hauptsächlich im Imphal-Tal, wo sich die Hauptstadt befindet, während die Kukis in den umliegenden Hügeln und darüber hinaus leben.

Die Bharatiya Janata Party (BJP) des indischen Premierministers Narendra Modi, die das Land regiert, führte während der Gewalt auch die Regierung des Bundesstaates Manipur. Die Bundesregierung verhängte jedoch am 13. Februar die Präsidentialherrschaft über den Bundesstaat, nachdem der Ministerpräsident von Manipur, N. Biren Singh, ein Meitei, nach den anhaltenden Gewalttaten von seinem Amt zurückgetreten war.

Der Konflikt ist zwar ethnischer Natur, doch liegt der anhaltenden Gewalt ein kommunales Problem zugrunde, das öffentlich nicht zugegeben wird.

Fast 400 religiöse Stätten - die meisten davon sind Kirchen - wurden in systematischen Angriffen mit Plünderungen, Brandstiftung und Gewalt gegen Frauen, einschließlich Vergewaltigungen, niedergebrannt.

Etwa 250 Menschen wurden getötet, und mehr als 50.000 wurden vertrieben, die meisten von ihnen Christen, die noch immer in Notunterkünften leben.

Nach den jüngsten Gewalttaten führten die Sicherheitskräfte Fahnenmärsche durch, um weitere Gewalt zu verhindern. Mehrere Vertriebene aus der Kuki-Gemeinschaft, die in Notunterkünften leben, wurden an sicherere Orte gebracht.

Nach der Gewalt riefen sechs Abgeordnete der suspendierten gesetzgebenden Versammlung und Stammesorganisationen getrennt voneinander zum Frieden auf. Die sechs Abgeordneten gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie zum Frieden aufriefen.

„Erinnern wir uns daran, dass wir die kritischsten und schwierigsten Zeiten in unserer Geschichte durchlebt und Schulter an Schulter für unsere Rechte gekämpft haben“, hieß es in der Erklärung. „Wir sollten uns alle auf die christlichen Werte der Vergebung berufen, um die anhaltenden Missverständnisse zwischen uns im Interesse unserer Gemeinschaft und der Nachwelt zu klären.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indonesien: 10 Jahre vergeblicher Kampf für eigene Kirche

Behörden verzögern Genehmigung trotz erfüllter Auflagen

(Open Doors, Kelkheim) – Eine Gemeinde in der indonesischen Großstadt Samarinda darf trotz jahrelanger Anstrengungen keine eigene Kirche bauen. Obwohl die Gemeinschaft alle offiziellen Auflagen erfüllt hat, verweigern die lokalen Behörden bislang die dafür erforderliche Zustimmung. Die Begründung einer leitenden Beamtin lässt aufhorchen.

Alle Voraussetzungen erfüllt

Wer in Indonesien eine Kirche bauen möchte, muss sich an das „Ministerium für religiöse Angelegenheiten“ wenden. Die Auflagen für die „Genehmigung zur Errichtung einer Anbetungsstätte“ sind hoch. Die Gemeinde in Samarinda feiert ihre Gottesdienste bislang zwar auf dem eigenen Grundstück, doch der Bau eines dauerhaften Gebäudes war bislang nicht möglich. Deshalb haben die Mitglieder und die Leitung der Gemeinde in mittlerweile 10-jähriger Arbeit alles getan, um eine Kirche für sich errichten zu dürfen: Sie haben die Namen und Kopien der Ausweispapiere von 90 Gemeindemitgliedern eingereicht, die inzwischen von den örtlichen Behörden geprüft und bestätigt wurden. Sie haben die Unterstützung von 60 Anwohnern eingeholt und die Zustimmung des Ortsbürgermeisters erhalten. Außerdem hat die Gemeinde im September 2024 eine Empfehlung des Forums für religiöse Harmonie (FKUB) erhalten.

Nach Erfüllung dieser drei Voraussetzungen gibt es aus juristischer Sicht keinen Grund für die Behörden, die Genehmigung zu verweigern. Open Doors hat dazu Hendra Kusuma kontaktiert, einen lokalen Partner, der den Vorsitz der Vereinigung für Religions- und Glaubensfreiheit in Ost-Kalimantan innehat. Hendra zeigte sich verwundert über die Untätigkeit der Beamten: „Ehrlich gesagt sind wir enttäuscht, denn nach dem Empfehlungsschreiben der FKUB hätte das Ministerium die Baugenehmigung innerhalb von 30 Tagen erteilen müssen.“

Hendra vermutet, dass die zögerliche Haltung der staatlichen Stellen auf den Druck bestimmter Gruppen zurückzuführen ist, die gegen den Bau der Kirche sind. „Dies verstößt eindeutig gegen das Gesetz, da der Staat jedem Bürger Religionsfreiheit und freie Religionsausübung garantiert“, fügte er hinzu.

Behörden „müssen mögliche Auswirkungen bedenken“

Auch die Leiterin der Unterabteilung des Ministeriums in Samarinda, Frau Rahmi, verwies auf den Widerstand einiger Parteien gegen den Bau der Kirche und führte aus: „Wir wollen nicht, dass dieses Empfehlungsschreiben einen Konflikt in der Bevölkerung auslöst, vor allem nicht während des Fastenmonats Ramadan. Es geht nicht darum, dass wir die Genehmigung nicht erteilen wollen, aber wir müssen auch die möglichen Auswirkungen bedenken“, so Rahmi weiter. Sie betonte, die Gottesdienste könnten weiterhin so wie bisher abgehalten werden. Die Behörde stehe „in der Mitte zwischen beiden Seiten“. „Wir befürchten, dass es der Situation nicht förderlich wäre, wenn wir das Empfehlungsschreiben jetzt ausstellen“, fügte Rahmi hinzu.

Hendra zufolge haben Behördenvertreter versprochen, das Empfehlungsschreiben nach dem Fest des Fastenbrechens am 9. oder 10. April 2025 auszustellen. Er hofft, dass das Ministerium sein Versprechen einhält und der Kirche, die bisher nur auf ihrem eigenen Grundstück Gottesdienste im Freien abhalten konnte, Sicherheit gibt. In der Zwischenzeit plant er, die Gemeinde zu einem Seminar einzuladen, in dem Christen auf Verfolgung vorbereitet werden.

Indonesien zählt nicht zu den 50 Ländern des [Weltverfolgungsindex 2025](#), in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Es gehört aber zum erweiterten Kreis der Länder mit einem ebenfalls hohen bis sehr hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung.

Quelle: Open Doors (21.03.2025)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indonesien-10-jahre-vergeblicher-kampf-fuer-eigene-kirche?pk_campaign=NA&pk_kwd=20250321

Indonesien: Christliche Apologeten flüchten ins Ausland

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/27.03.25 - Eine Flut von Anzeigen bei der Polizei in Indonesien, in denen Christen in den sozialen Medien der Gotteslästerung beschuldigt werden, hat mehrere von ihnen ins Ausland getrieben, wo sie Zuflucht suchen.

Der christliche Apologet Edwin Hutabarat, auch bekannt als „Metatron“, befindet sich nun in den Niederlanden, nachdem ihn radikale Muslime der *Anti-Blasphemie-Gemeinschaft* am 7. November bei der Cyber-Einheit der Sonderkriminalitätsdirektion der Regionalpolizei Ost-Java angezeigt hatten.

Die radikalen Muslime beschwerten sich bei der Polizei über drei YouTube-Kanäle, die von Edwin betrieben werden – Suara Sejati, Blesmigad und Sang Debaters. Einer der Kläger, Basori Alwi, sagte den Medien, dass die Kanäle laut AyoJatim.com Inhalte verbreiten, die den Islam beleidigen und den Koran verzerren.

„In den Videos des YouTube-Kanals ist zu sehen, wie die beschuldigte Partei die Bedeutung und Auslegung des Korans absichtlich verzerrt“, sagte Basori Berichten zufolge. „Ihre Darstellung ist für Muslime verletzend, weil der Prophet Mohammed beschuldigt wurde, mit seiner Magd Ehebruch begangen ... und andere unmoralische Handlungen begangen zu haben.“

Ein Muslim reichte außerdem bei der Polizei eine Blasphemie-Beschwerde gegen die Co-Moderatorin von Edwins YouTube-Kanal, bekannt als Agatha of Palermo, ein, da sie Berichten zufolge nach Italien geflohen ist. Johan Muhamad Junaedi von Indonesia Islam Apologetics Jakarta und der Vorstand der Satellitenstadt meldeten sie am 1. November bei der Polizeidirektion Metro Jaya in Jakarta, wie die offizielle indonesische Nachrichtenagentur Antara berichtet.

Sie beschuldigten sie, am 28. Oktober in einem Livestream ihres YouTube-Kanals Benteng77 blasphemische Äußerungen über den Islam und seinen Propheten Mohammed gemacht zu haben.

„Agatha von Palermo sagte, dass der Prophet Mohammed gerne mehrere Frauen hatte und ein Menschenhändler war“, soll Johan gesagt haben. „Wir hoffen, dass es keine Gotteslästerer mehr geben wird und dass dies eine abschreckende Wirkung haben wird. Wir wollen Frieden in der Republik Indonesien.“

Andere indonesische christliche Apologeten haben ihre vorübergehenden Wohnsitze im Ausland genutzt, um in den sozialen Medien aktiv zu sein. Dewi Bulan verbreitet ihre Ideen gegen den Islam und Muslime von ihrem Stützpunkt in den Vereinigten Staaten aus über ihren TikTok-Account @WeareforMurtadin.

Abraham Ben Moses, früher bekannt als Sjaifuddin Ibrahim, ein ehemaliger muslimischer Dozent an einer islamischen Hochschule und jetzt christlicher Pastor, war von 2018 bis 2022 wegen Gotteslästerung inhaftiert und wurde später erneut wegen Gotteslästerung angeklagt, weil er vorgeschlagen hatte, 300 Koranverse zu entfernen, die er als unfreundlich gegenüber Nichtmuslimen erachtete. Sein Vorgehen löste bei strenggläubigen Muslimen Empörung aus und führte zu einer Forderung nach einer sechsjährigen Haftstrafe und einer Geldstrafe von 1 Milliarde Rupien.

Er entging der Strafverfolgung, indem er in die Vereinigten Staaten floh, ebenso wie eine andere christliche Apologetin, Sofia al-Hayat, wie berichtet wird.

In Indonesien ist der Staat in der Regel abwesend, wenn Christen verfolgt werden, aber er zeigt sich in großem Umfang, wenn Muslime in dem mehrheitlich muslimischen Land auf Widerstand stoßen, so Pastor Nicky Jefta Wakkary von der Protestantischen Kirche in Indonesien (*Gereja Protestan di Indonesia*, GPdI) in Cibinong, Provinz West-Java.

„Der Staat ist nicht präsent, wenn Minderheiten verfolgt werden – obwohl die Intoleranten Zuflucht bei der Mehrheit suchen – und der Staat ist in dieser Situation [der Verfolgung von Minderheiten] machtlos“, sagte Pastor Nicky gegenüber Morning Star News. „Aus missionarischer Sicht hat unsere christliche Apologetik im Ausland positive Aspekte, weil das Gesetz in Indonesien ungerecht durchgesetzt wird.“

Bonar Tigor Naipospos, stellvertretender Vorsitzender des Setara Institute for Democracy and Peace, sagte, er verstehe, warum christliche Apologeten Zuflucht im Ausland suchen.

„Hier in Indonesien können sie nicht frei sprechen, weil sie wahrscheinlich physische Drohungen erhalten und wegen Gotteslästerung kriminalisiert werden“, sagte er.

Bonar sagte, christliche Apologeten hätten das Bedürfnis zu debattieren, weil fundamentalistische islamische Gruppen das Christentum als falsche Lehre beleidigt hätten.

„Die wütende Debatte in den sozialen Medien ist eine Reaktion auf die Bemühungen islamischer puritanischer Gruppen, das Christentum als eine „falsche“ Lehre herabzuwürdigen, die durch den Islam korrigiert werden muss“, sagte Bonar gegenüber Morning Star News. „Puritanische und intolerante Gruppen nutzen das Thema Christianisierung, indem sie das Beispiel der Errichtung von Kirchen an vielen Orten als Bedrohung für den Islam darstellen.“

Der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Indonesien beträgt 83 Prozent. 11 Prozent der Bürger identifizieren sich als Christen und 3 Prozent als Evangelikale, so das *Joshua-Projekt*.

Die indonesische Gesellschaft nimmt zur Zeit einen eher konservativen islamischen Charakter an. Kirchen, die sich in der Evangelisation engagieren, laufen Gefahr, ins Visier islamischer Extremistengruppen zu geraten, so die christliche Hilfsorganisation Open Doors.

<https://morningstarnews.org/2025/03/christian-apologists-in-indonesia-flee-blasphemy-prosecution/>

Iran: Inhaftierter Christ erleidet Schlaganfall nach Hungerstreik

Naser Navard Goltapeh protestierte gegen anhaltende Christenverfolgung

Teheran/London (IDEA) – Im Iran hat ein inhaftierter Christ nach einem Hungerstreik einen Schlaganfall erlitten. Bei dem Mann handelt es sich um Naser Navard Goltapeh. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „Article 18“ (London). Der Konvertit war am 6. Februar zusammen mit Pastor Joseph Shahbazian (61) von Geheimdienstagenten in das [Evin-Gefängnis](#) in Teheran gebracht worden, das wegen der Misshandlung von Inhaftierten berüchtigt ist. Nach Angaben von „Article 18“ trat Goltapeh dort in einen 35 Tage dauernden Hungerstreik, um gegen die anhaltende Verfolgung von Christen im Iran zu protestieren. Am 17. März sei er mit dem Gesicht nach unten liegend in seiner Einzelzelle gefunden worden. Goltapeh sei zwei Tage lang in einem nahe gelegenen Krankenhaus behandelt worden. Der Schlaganfall lähmte die linke Körperhälfte des 63-Jährigen. Goltapeh sitzt nicht zum ersten Mal aufgrund seines Glaubens in Haft. Er war erst im Oktober 2022 freigelassen, nachdem er im Mai 2017 wegen „Verletzung der nationalen Sicherheit“ zu zehn Jahren Haft verurteilt worden war. Die Behörden warfen ihm die Gründung „illegaler“ Hauskirchen vor. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten den Christen im März 2018 als „[Gefangenen des Monats](#)“ benannt. Etwa 98 Prozent der 89,8 Millionen Einwohner des Iran sind Muslime. Das Hilfswerk Open Doors schätzt den Anteil der Christen auf 0,9 Prozent. Auf dessen Weltverfolgungsindex liegt der Iran auf Platz neun der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Die Organisation „Article 18“ bezieht sich mit ihrem Namen auf den Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Er beinhaltet, dass jeder Mensch das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat. Obwohl der Iran die Erklärung unterzeichnet hat, verstößt der Staat immer wieder gegen die dort festgelegten Rechte.

Iran: Lange Haftstrafen für Christen

IIRF-D/BA/Tübingen/27.03.25 - Drei iranische Christen, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind, wurden wegen ihres Glaubens und ihrer Teilnahme an Gottesdiensten zu Gefängnisstrafen von insgesamt mehr als [40 Jahren](#) verurteilt.

Die Richterin am Revolutionsgericht Iman Afshari verkündete am 8. März die Urteile gegen Abbas Soori, Mehran Shamloui und Narges Nasri, die im vierten Monat mit ihrem ersten Kind schwanger ist.

Die 37-jährige Narges wurde zu insgesamt 16 Jahren Haft verurteilt. Sie erhielt 10 Jahre wegen „Propagandaaktivitäten, die gegen das islamische Recht verstoßen“, fünf Jahre wegen Mitgliedschaft in einer Hauskirche (die als „Oppositionsgruppe“ eingestuft wurde) und ein Jahr wegen „Propaganda gegen den Staat“, nachdem sie in den sozialen Medien ihre Unterstützung für die Bewegung „Women, Life, Freedom“ zum Ausdruck gebracht hatte.

Abbas, 48, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Haftstrafe umfasst 10 Jahre für „Propagandaaktivitäten“ und fünf Jahre für die Zugehörigkeit zu einer „oppositionellen Gruppe“.

Die Strafen für Mehran, 37, wegen derselben Anklagepunkte lauteten: acht Jahre für „Propagandaaktivitäten“ und zwei Jahre und acht Monate für die Mitgliedschaft in einer „Oppositionsgruppe“.

Die Strafen beinhalteten den Entzug sozialer Rechte – zum Beispiel Einschränkungen bei der Beschäftigung. Diese Einschränkung gilt für Narges und Abbas für 15 Jahre und für Mehran für 11 Jahre.

Narges und Abbas wurden jeweils zu einer Geldstrafe von 330 Millionen Tomans (3.206 €) verurteilt, und Mehran wurde zu einer Geldstrafe von 250 Millionen Tomans (2.519 €) verurteilt.

Nach Ablauf ihrer Haftstrafen müssen Narges und Abbas zwei Jahre lang in der inneren Verbannung außerhalb ihrer Heimatprovinz Teheran verbringen, während derer es ihnen verboten ist, den Iran zu verlassen.

Die drei Gläubigen wurden im November 2024 bei einer Reihe von Razzien durch Geheimdienstmitarbeiter verhaftet.

Abbas wurde bereits im Jahr 2020 verhaftet und zusammen mit seiner christlichen Glaubensgefährtin Maryam Mohammadi und ihrem iranisch-armenischen Pastor Anooshavan Avedian verurteilt.

Abbas und Maryam wurden als Mitglieder einer „illegalen Gruppe“ [verurteilt](#) und erhielten zusätzlich zu Reiseverboten und der Verbannung aus der Provinz Teheran ein Verbot, sich politischen oder sozialen Gruppen anzuschließen. Der 62-jährige Anooshavan wurde zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Er wurde [freigesprochen](#) und im September 2024, ein Jahr nach Beginn seiner Haftstrafe, aus dem Gefängnis entlassen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/three-iranian-christians-sentenced-to-more-than-40-years-in-prison/>

Laos: Verhöre, Vorladung und strenge Überwachung

Christen im Süden von Laos werden von den Behörden unter Druck gesetzt

(Open Doors, Kelkheim) – Eine wachsende Kirche wird im kommunistischen Laos nicht gerne gesehen. Zuletzt bekamen das Christen vor allem im Süden des Landes zu spüren, wo die örtlichen Behörden verstärkt gegen Gemeinden und einzelne Christen vorgehen. Bei Pastor Chan* erregte die Finanzierung der Kirche das Misstrauen der Beamten, Min* wird immer wieder gedrängt, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Rechenschaft über die Gemeindefinanzen

Pastor Chan ist ein Hilfspastor in seinem eigenen Dorf. Am 29. August 2024 erhielt er unerwartet Besuch von sechs örtlichen Beamten, darunter auch Polizisten. Schon zuvor war deutlich geworden, dass die Behörden nach einem Vorwand suchten, die Kirche zu schließen.

Bei dem Besuch begannen die Beamten, Pastor Chan über die Gemeindefinanzen zu befragen: Sie verlangten Auskunft über die Ausgaben, vor allem aber über die Herkunft der vorhandenen Gelder. Pastor Chan erklärte: „Das nennt man ein ‚Opfer‘. Die Gläubigen spenden Geld, was für kirchliche Aktivitäten und Ausgaben wie Lebensmittel, Transport und die Unterstützung armer Familien verwendet wird.“ Damit nicht zufrieden, verlangten die Beamten, detaillierte Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben der Kirche zu sehen. Pastor Chan entgegnete ruhig: „Die Gelder werden von einem Ausschuss beaufsichtigt; ein vollständiger Bericht würde seine Anwesenheit erfordern.“

Unzufrieden zogen die Beamten ab, behielten Pastor Chan und seine Kirche aber weiterhin im Blick. Bis heute steht die Gemeinde unter ständiger Beobachtung, und sowohl Leitungspersonen als auch die Gemeindeaktivitäten werden genauestens überprüft.

Nach Mins Heilung kam ihre Familie zum Glauben

Min kam erst vor wenigen Monaten zum christlichen Glauben. Auslöser war ein besonderes Erlebnis mit Jesus im August 2024, bei dem sie übernatürlich geheilt wurde. Daraufhin beschloss sie, Jesus nachzufolgen. Inspiriert von ihrem Zeugnis, nahmen auch die engeren Mitglieder ihrer Familie den christlichen Glauben an.

Diese Lebenswende bei Min und anschließend ihrer ganzen Familie erregte jedoch schnell die Aufmerksamkeit ihrer Verwandten und der Dorfgemeinschaft. Die Verwandten warfen ihr vor, ihre Vorfahren nicht zu respektieren, und meldeten sie den örtlichen Behörden. Am 8. August 2024 wurde Min ins Büro der Dorfverwaltung vorgeladen.

Im Beisein ihres Mannes wurde Min zu ihrem Glaubenswechsel verhört. Es folgten Drohungen und deutliche Aufforderungen, ihrem Glauben abzuschwören. Doch Min blieb standhaft und bezeugte sowohl ihre Heilung als auch den Frieden, den sie in Christus gefunden hatte.

Im Oktober 2024 unternahmen die Behörden einen erneuten Versuch, Min durch immer größeren Druck und immer neue Nachfragen von ihrem Glauben abzubringen. Um ihre Entschlossenheit zu brechen, zogen sie Mins Verwandte hinzu und weiteten die Schikanen aus. Während dieser schweren Zeit wurde Min von den örtlichen Kirchenleitern unterstützt und hielt unerschütterlich an ihrem Glauben fest.

Im Februar 2025 informierte ein lokaler Partner uns über den aktuellen Stand der Dinge: „Sowohl Pastor Chan als auch Min stehen unverändert unter Beobachtung durch die Behörden. Obwohl es ihnen in der Gemeinschaft gut geht, sind sie bei allen Glaubensaktivitäten und Unternehmungen im Rahmen der Kirche sehr vorsichtig, um keine weitere Aufmerksamkeit zu erregen. Verantwortliche aus der Gemeinde besuchen sie gelegentlich, um sie zu ermutigen und ihnen dabei zu helfen, sich keinen unnötigen Risiken auszusetzen.“

*Name geändert

Quelle: Open Doors Deutschland (19.03.2025)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/laos-verhoere-vorladung-und-strenge-ueberwachung?pk_campaign=GM&pk_kwd=20250319

Libyen: Wie geht es den Christen in Libyen ?

Wenige Christen in Libyen

Libyen ist zwischen rivalisierenden islamischen Gruppierungen gespalten und von Gesetzlosigkeit geplagt, so dass die geringe Zahl von Christen Angriffen, Entführungen und Hinrichtungen ausgesetzt ist. Im besten Fall werden libysche Christen geächtet und schikaniert, während selbst ausländische christliche Mitarbeiter von Hilfsorganisationen Gefahr laufen, misshandelt und inhaftiert zu werden. Libyens „Sittenpolizei“ setzt Kleidervorschriften durch und schränkt den Reiseverkehr innerhalb des Landes ein, was die Ausgrenzung von Nicht-Muslimen weiter verstärkt. Trotz dieser Herausforderungen praktizieren die wenigen Christen in Libyen weiterhin ihren Glauben, indem sie sich diskret treffen und sich gegenseitig unter sehr schwierigen Umständen unterstützen.

Bridgeway Publications/ 15 March 2025/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

Nigeria: Ein katholischer Priester wird entführt

und die Polizei befreit einen anderen wenige Stunden nach der Entführung

Abuja (Fides) - Die Welle der Priesterentführungen in Nigeria reißt nicht ab. Am Abend des 23. März wurde Pfarrer John Ubaechu, Gemeindepfarrer der katholischen Pfarre der Heiligen Familie in Izombe entführt.

Die Entführung fand entlang der Straßen nach Ejemekwuru im Verwaltungsbezirk Oguta Local Government Area des Staates Imo im Süden Nigerias statt.

Pfarrer Ubaechu war auf dem Weg zu den jährlichen Exerzitien der Priester, als er entführt wurde.

„Wir rufen alle Christgläubigen und alle Männer und Frauen guten Willens auf, intensiv dafür zu beten, dass unser Priester so bald wie möglich gesund und munter freigelassen wird“, heißt es in der Erklärung der Erzdiözese Owerri, mit der die Entführung offiziell bekannt gegeben wurde.

„Wir vertrauen unseren Bruder, Pfarrer John Ubaechu, und seine baldige Freilassung aus den Händen seiner Entführer der Fürsprache der seligen Jungfrau Maria, der Mutter der Priester, an“, heißt es in der Verlautbarung.

Ebenfalls am Sonntag, den 23. März, führte eine Polizeiaktion zur schnellen Freilassung eines anderen katholischen Priesters, der kurz zuvor entführt worden war.

Pfarrer Stephen Echezona war an einer Tankstelle in Ichida, Anambra State (Südost-Nigeria), entführt worden. Er wurde von einem gemeinsamen Sicherheitsteam aus Polizei, Armee, Zivilschutz und Bürgerwehren befreit.

In einer Erklärung teilte die örtliche Polizei mit, dass Pfarrer Echezona in den frühen Morgenstunden des 23. März in Ihiala wohlbehalten befreit worden sei. Demnach waren die Entführer gezwungen, ihr Fahrzeug, einen weißen Geländewagen ohne Nummernschilder, nach einem Feuergefecht mit Sicherheitskräften aufzugeben, bei dem der Priester unverletzt blieb.

Wie in anderen südöstlichen Bundesstaaten Nigerias haben Entführungen mit dem Ziel der Erpressung auch im Bundesstaat Anambra in letzter Zeit zugenommen. Unter den Opfern befinden sich Beamte, Geschäftsleute, Politiker und sogar Schüler und Schülerinnen.

(L.M.) (Fides 24/3/2025)

Nigeria: Vier nördliche Bundesstaaten schließen alle Schulen während des Ramadans

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/27.03.25 - Christliche Führer verurteilten die Entscheidung muslimischer Gouverneure von vier nördlichen Bundesstaaten in Nigeria, alle Schulen für fünf Wochen wegen des Ramadans zu schließen.

Die Entscheidung, alle öffentlichen und privaten Schulen in den Bundesstaaten Bauchi, Katsina, Kano und Kebbi zu schließen, untergräbt das bereits angeschlagene Bildungssystem weiter und bedroht die nationale Einheit, so die christlichen Führer. Erzbischof Daniel Okoh, Präsident der Christian Association of Nigeria (CAN), sagte in einer Presseerklärung, dass die CAN die Schließung aller Schulen für bis zu fünf Wochen zur Einhaltung des Ramadan-Fasten von Ende Februar bis Anfang April mit großer Sorge betrachte.

„Die CAN setzt sich für die Förderung der Harmonie zwischen den Glaubensrichtungen ein, aber wir können die potenzielle Verletzung der Rechte von Schülern und Familien, die den Ramadan nicht einhalten, nicht übersehen, ebenso wenig wie das gefährliche Signal, das dies für eine gerechte Regierungsführung sendet“, sagte Okoh. „Richtlinien, die sich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen – Muslime, Christen und andere – auswirken, erfordern einen transparenten, integrativen Dialog mit Eltern, Erziehern, religiösen Führern und Schulbesitzern. Das Fehlen eines solchen Engagements untergräbt das Vertrauen und die Einheit in unserer pluralistischen Gesellschaft.“

Selbst Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, in denen der Islam eine zentrale Rolle spielt und der Ramadan hoch verehrt wird, schließen ihre Schulen nicht für die gesamte Fastenzeit, merkte er an.

„Stattdessen passen sie die Stundenpläne an, indem sie die Stunden verkürzen oder Flexibilität bieten, um Bildung und religiöse Praxis in Einklang zu bringen“, sagte er. „Wenn diese islamischen Kernländer dieses Gleichgewicht aufrechterhalten können, sollten die nördlichen Bundesstaaten Nigerias einen ähnlichen Pragmatismus anstreben. Eine einmonatige Schließung oder fünf Wochen im Fall von Bauchi sind übertrieben und weichen von vernünftigen Präzedenzfällen ab.“

CAN forderte die Gouverneure Bala Mohammed, Dikko Umar Radda, Abba Kabir Yusuf und Nasir Idris auf, den Dialog mit wichtigen Interessengruppen – religiösen Einrichtungen, Schulbesitzern, Eltern und der Zivilgesellschaft – zu suchen, um diese Richtlinien zu überdenken und integrative Lösungen zu finden, sagte er.

„Die Bildung unserer Kinder und die Einheit unserer Staaten stehen auf dem Spiel. Sollten diese Rechte weiter gefährdet sein oder der Dialog keine Gerechtigkeit bringen, ist CAN bereit, den Rechtsweg zu beschreiten“, einschließlich der Erwirkung von einstweiligen Verfügungen zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte auf Bildung und Gewissensfreiheit, sagte er.

„Unser Streben nach Frieden schmälert nicht unser Engagement für Gerechtigkeit“, sagte Okoh. „Lasst uns als Nigerianer zusammenkommen, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der Glaube und Fortschritt miteinander harmonieren, in der die Bildung eines Kindes nicht gefährdet ist und in der jede Gemeinschaft geschätzt wird. Wir fordern die Gouverneure auf, diese Politik im Geiste der Fairness und des nationalen Zusammenhalts zu überdenken.“

Die vier Bundesstaaten, die alle Schulen für den Ramadan schließen, sind bereits mit alarmierend hohen Quoten von Kindern konfrontiert, die nicht zur Schule gehen, nämlich durchschnittlich 44 Prozent, was weit über dem nationalen Durchschnitt liegt, sagte er und fügte hinzu, dass solch lange Pausen die Gefahr bergen, diese Krise zu verschärfen und die Bemühungen zu untergraben, allen Menschen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu verschaffen.

Der offensichtliche Mangel an umfassender Beratung in Bauchi, Katsina, Kano und Kebbi vor den Richtlinien sei beunruhigend, da die CAN-Führung in diesen Bundesstaaten trotz der Behauptung, die Interessengruppen seien einbezogen worden, nicht konsultiert worden sei, so Okoh.

In den Richtlinien ordnete der Bundesstaat Kebbi die Schließung aller Schulen, einschließlich der in christlichem Besitz befindlichen Schulen, vom 1. März bis zum 7. April an.

„Die Schließung der Schulen soll es den Muslimen ermöglichen, das Fasten einzuhalten, zu beten und andere religiöse Pflichten im Zusammenhang mit dem Ramadan zu erfüllen“, sagte Ahmed Idris, ein Sprecher im Büro des Gouverneurs des Bundesstaates Kebbi, gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Die Landesregierung fordert alle Bildungseinrichtungen auf, sich strikt an diese Richtlinie zu halten, da sonst Sanktionen drohen.“

Im Bundesstaat Kano schloss die Regierung alle Schulen vom 28. Februar bis zum 6. April.

„Alle Bildungseinrichtungen müssen sich an die Schließungsverordnung halten“, und gegen säumige Schulen würden angemessene Disziplinarmaßnahmen ergriffen, sagte Balarabe Kiru, Direktor für öffentliche Aufklärung im Bildungsministerium des Bundesstaates Kano, in einer Presseerklärung.

Der Bundesstaat Bauchi schloss die Schulen vom 1. März bis zum 5. April.

Die Katholische Bischofskonferenz von Nigeria (CBCN) äußerte ebenfalls ihre Besorgnis und sagte, dass die Schließungen ernsthafte Fragen über den säkularen Status Nigerias und die Rechte aller Bürger aufwerfen.

Die Schließungen untergraben Rechte und gefährden die Bildung und Zukunft von Millionen nigerianischer Kinder, so die Geistlichen Lucius Ugorji und Donatus A. Ogun, Präsident bzw. Sekretär der Katholischen Bischofskonferenz von Nigeria, in einer Presseerklärung.

„Wie in Abschnitt 10 der nigerianischen Verfassung festgelegt, darf die Regierung der Föderation oder eines Staates keine Religion als Staatsreligion annehmen“, sagten sie. „Diese Bestimmung unterstreicht den säkularen Charakter unseres Landes und garantiert allen Bürgern die Freiheit, ihren Glauben ungehindert auszuüben.“

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 26) und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 13) sei das Recht auf Bildung als grundlegendes Menschenrecht verankert, so die Kirchenführer.

„Die Schließung von Schulen über einen längeren Zeitraum untergräbt dieses Recht und gefährdet die Bildung und Zukunft von Millionen nigerianischer Kinder“, so die Kirchenführer. „Wir sind besonders besorgt über die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die bereits alarmierende Zahl von Kindern im Norden Nigerias, die keine Schule besuchen. Laut UNESCO hat Nigeria mit über 10 Millionen Kindern, die keine Schule besuchen, die weltweit höchste Zahl von Kindern, die keine Schule besuchen. Diese Entscheidung wird diese Krise nur noch verschärfen und die Bemühungen zur Verbesserung der Bildungsergebnisse in der Region untergraben.“

Sie forderten die Gouverneure der Bundesstaaten auf, die Entscheidung zu überdenken und alternative Regelungen zu prüfen, die die Rechte und Freiheiten aller Bürger respektieren.

„Wir beten, dass unsere Staats- und Regierungschefs der Bildung und dem Wohlergehen aller nigerianischer Kinder, unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer Herkunft, Vorrang einräumen und auf die Schaffung einer gerechteren und ausgewogeneren Gesellschaft für alle hinarbeiten“, so die Führungspersonlichkeiten.

<https://morningstarnews.org/2025/03/four-northern-states-in-nigeria-close-all-schools-for-ramadan/>

Nigeria: Zwei Personen festgenommen

im Zusammenhang mit der Entführung und Ermordung von Pfarrer Sylvester Okechukwu

Abuja (Fides) - Zwei Personen wurden unter dem Verdacht festgenommen, an der Entführung und anschließenden Ermordung von Pfarrer Sylvester Okechukwu beteiligt gewesen zu sein, dem im Bundesstaat Kaduna im Nordwesten Nigerias entführten und ermordeten Priester ([vgl. AKREF 6/3/2025](#)).

Die Festnahmen erfolgten durch Truppen der militärischen Sondereinheit „Operation Safe Haven“ (OPSH). Nach einer Erklärung des Sprechers der OPSH, Imaggiore Samson Zhakom, wurden die Verdächtigen am 24. März nach einer Razzia im Versteck des Hauptverdächtigen in einer Ruga-Siedlung in der Gemeinde Warsa-Piti, in der Verwaltungsregion Lere im Bundesstaat Kaduna, festgenommen.

„Während der vorläufigen Untersuchung gestand der Hauptverdächtige, ein 33-jähriger Mann, dass er von einer anderen Person, die im selben Haus wie der getötete Priester wohnte, beauftragt worden war, diesen zu entführen“, sagte der Militärsprecher. „In einer anschließenden Operation verhafteten die Sicherheitsbeamten den zweiten Verdächtigen in Agwan Sarki, Tachira, in der Verwaltungsregion Kaura. Die Verdächtigen befinden sich derzeit in Gewahrsam und werden weiter verhört“, fügte er hinzu.

Pfarrer Sylvester Okechukwu, ein Priester der Diözese Kafanchan im Bundesstaat Kaduna, war am Abend des 4. März in seinem Haus in Tachira entführt worden. Sein lebloser Körper wurde später am 5. März gefunden.

Der Pressesprecher fügte hinzu, dass die Ermittlungen noch andauern, um den Aufenthaltsort anderer an dem Verbrechen beteiligter Personen zu ermitteln.

(L.M. (Fides 26/3/2025))

Nordmazedonien: Wie geht es den Christen in Nordmazedonien?

Obwohl die Zahl der evangelikalen Kirchen in Nordmazedonien zunimmt, ist ihre Zahl immer noch klein, Berichten zufolge etwa einhundert. Sie verfolgen beharrlich ihre Ziele, die sich über ethnische und nationale Grenzen hinweg erstrecken. Die nordmazedonische orthodoxe Kirche behauptet, zwei Drittel der Bevölkerung zu vertreten, aber viele ihrer Kirchen haben nur kleine Gemeinden und lehnen, im Einklang mit der offiziellen Haltung, oft die neueren unabhängigen Kirchen ab. Die meisten Nordmazedonier sind säkular und in der Praxis nicht religiös.

Operation Welt/ Bridgeway Publications/ 15 March 2025/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

Österreich/Irak: Konvertit aus dem Irak soll abgeschoben werden

IIRF-D/ORF-ON/Tübingen/27.03.25 – Am 19.3. sendete der Österreichischen Rundfunk in seinem Programm „Aktuell nach fünf“ einen Beitrag zu einem Iraker, der vom Islam zum Christentum konvertierte, aber nun abgeschoben werden soll. Hier Auszüge aus dem Programm:

Für Aufregung und Diskussionen sorgt die geplante Abschiebung eines irakischen Asylwerbers in der Pfarre Gisingen in Vorarlberg. Der Mann ist zum Christentum konvertiert. Ihm drohe daher in der Heimat die Todesstrafe. Aber die Asylbehörden glauben dem Iraker seinen Glauben nicht.

Stefan Krubert berichtet vom Verzweifelten mit einem Gesprächsausschnitt, er sei müde, krank, habe keine Lust zu essen, will nicht schlafen, habe keine Lust auf Medikamente, nehme Schlaftabletten und könne doch nicht nicht schlafen. 2015 flüchtet Herr Jorani aus Bagdad. Er überlebt einen Bombenanschlag. Die Schiitenmiliz tötet seine Neffen. 2020 wird sein Asylansuchen in zweiter Instanz abgelehnt. Eine Richterin glaubt nicht, dass der Mann im Irak in Lebensgefahr ist. Der 54-Jährige lernt in Vorarlberg schnell Deutsch, integriert sich ebenso schnell in der Pfarre Feldkirch Gisingen und wird dort 2019 von Pater Johann Fenninger getauft. Seit sieben Jahren ist er jeden Sonntag im Gottesdienst...seine praktizierte Nächstenliebe, die suche seinesgleichen. Die Asylrichter glauben dem Iraker weiter nicht. Sie sprechen von Willkür. Der Mann habe sich nicht aus Überzeugung vom islamischen Glauben abgewandt und er zeige nur ein gewisses Interesse am Christentum und sei nicht aus innerer Überzeugung konvertiert. Ganz anders das Urteil des Ministerpräsidentenamtes für den Nationalen Rat für Clans im Irak, das Herrn Jorani heimlich zugespielt wird. Hier ist im Zusammenhang mit der Konvertierung zum Christentum aus einer verabscheuungswürdigen Tat die Rede. Und es heißt weiter klar und deutlich, das Blutvergießen ist autorisiert. Das wäre für den Iraker klar sein Todesurteil.

tv.orf.at/program/orf2/aktuellnac5716.html

Pakistan/ UN: Blasphemiegesetze scharf verurteilt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/27.03.25 - Befürworter der Religionsfreiheit haben die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Pakistan scharf verurteilt, insbesondere den anhaltenden Missbrauch der strengen Blasphemiegesetze des Landes und die erzwungenen Konversionen von Mädchen aus Minderheiten.

Sie übten die vernichtenden Vorwürfe während der 58. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrates (HRC) der Vereinten Nationen am 11. März in Genf im Rahmen einer Nebenveranstaltung, die von den Menschenrechtsorganisationen Jubilee Campaign USA, Set My People Free und dem European Centre for Law and Justice ausgerichtet wurde. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die systematische Anwendung von Folter und Verfolgung in Pakistan, Eritrea, Nicaragua und Sudan.

Charlie Weimers, Mitglied des Europäischen Parlaments, kritisierte die pakistanischen Blasphemiegesetze und bezeichnete sie als „Waffen des Terrors gegen religiöse Minderheiten“.

„Christen und andere Menschen in Pakistan sind Gewalt durch den Mob, unrechtmäßiger Inhaftierung und Zwangskonvertierungen ausgesetzt“, sagte Weimers und fügte hinzu, dass die Unruhen im August 2023 in [Jaranwala](#) – bei denen 26 Kirchengebäude in Brand gesteckt und mehrere Häuser und Geschäfte von Christen geplündert wurden – das völlige Fehlen von Gerechtigkeit für Christen offenbarten.

Das Europäische Parlament forderte Pakistan 2021 auf, seine Blasphemiegesetze zu ändern, und drängte auf gezielte Sanktionen gegen eritreische Beamte und die internationale Gerichtsbarkeit über Verbrechen des nicaraguanischen Diktators Daniel Ortega, aber seitdem hat sich nichts geändert, so Weimers.

„Die Europäische Union muss aufhören, Pakistans Verfolgungsmaschinerie zu unterstützen“, sagte er. „Handel, Hilfe und Visa müssen an echte Menschenrechtsreformen geknüpft sein, und bei Verstößen müssen Sanktionen verhängt werden.“

Er warnte auch davor, dass die religiöse Verfolgung nach Europa metastasieren könnte, und verwies auf die zunehmenden Angriffe auf Kirchengebäude, Geistliche und andere Gläubige.

„Wir können nicht behaupten, für die Religionsfreiheit im Ausland zu kämpfen, während wir die Krise zu Hause ignorieren“, mahnte er und kritisierte die rücksichtslose Einwanderungspolitik und die ungebremste Ausbreitung radikaler Ideologien.

Weimers behauptete, dass in Frankreich in einem einzigen Jahr mehr als 800 Kirchengebäude entweiht wurden, während gewalttätige Angriffe auf Christen in Deutschland, Schweden und Großbritannien zunahmen.

„Wie können wir die pakistanischen Blasphemiegesetze kritisieren, wenn europäische Bürger Angst haben, in der Öffentlichkeit ein Kreuz zu tragen?“, sagte er. „Wenn Europa es ernst meint mit der Verteidigung der Religionsfreiheit, muss es die Kontrolle im eigenen Land zurückgewinnen und der Verfolgung im Ausland mit unerschütterlicher Entschlossenheit entgegentreten.“

Joseph Janssen, Advocacy Officer der Jubiläumskampagne, kritisierte die rücksichtslose Durchsetzung der Blasphemiegesetze in Pakistan und sagte, dass diese zu einem Todesurteil für Christen, Hindus und andere Minderheiten geworden seien.

„Opfer sind staatlich geförderter physischer und psychischer Folter, unbefristeter Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und außergerichtlichen Hinrichtungen durch gewalttätige Mobs ausgesetzt“, sagte Janssen.

Er sprach über mehrere Menschen, die aufgrund falscher Anschuldigungen im Gefängnis schmachten, darunter Nadeem James, der wegen einer WhatsApp-Nachricht zum Tode verurteilt wurde und seit acht Jahren in Einzelhaft sitzt, Anwar Kenneth, der als geistig unzurechnungsfähig eingestuft wurde, aber wegen einer Blasphemie-Anklage 23 Jahre im Gefängnis verbracht hat, und Shagufta Kiran, eine Mutter von vier Kindern, die wegen einer Anschuldigung wegen eines Social-Media-Posts inhaftiert wurde.

Gleichzeitig seien die Täter, die an der Gewalt des Mobs gegen Christen beteiligt waren, auf freiem Fuß, sagte Janssen und erklärte, dass fast alle der mehr als 300 Verdächtigen, die nach den Unruhen von Jaranwala festgenommen wurden, gegen Kaution freigelassen wurden.

„Diese Missstände erfordern dringend globales Handeln. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt einschreiten, um die religiösen Minderheiten Pakistans zu schützen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und auf sofortige Rechtsreformen zu drängen“, sagte er.

Shahid Mobeen, Präsident des italienischen Runden Tisches für Religionsfreiheit, sagte, dass weltweit 307 Millionen Christen verfolgt würden.

„Die Morde an [Shahbaz Bhatti](#) und [Salman Taseer](#), die sich für die Religionsfreiheit in Pakistan einsetzten, sind eine traurige Erinnerung daran, welchen Preis man für das Aussprechen der Wahrheit zahlen muss“, sagte Mobeen. „Regierungen müssen der Radikalisierung entgegenwirken, Blasphemiegesetze abschaffen und den Schutz religiöser Minderheiten durchsetzen.“

Die Organisatoren forderten die internationale Gemeinschaft, darunter die Vereinten Nationen, die Europäische Union und nationale Regierungen, auf, unverzüglich zu handeln, um die Überwachung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen in Hochrisikoländern zu verstärken, rechtlichen Schutz für Religionsgemeinschaften zu fordern und unterdrückerische Gesetze aufzuheben, gezielte Sanktionen gegen Regierungsbeamte zu verhängen, die für religiöse Verfolgung verantwortlich sind, unabhängige Untersuchungen über religiöse Verfolgung einzuleiten und sicherzustellen, dass die Täter nach internationalem Recht zur Rechenschaft gezogen werden, und Druck auf Staaten auszuüben, damit diese Blasphemiegesetze aufheben und staatlich unterstützte religiöse Diskriminierung beseitigen.

Die Redner betonten, dass die Zeit der höflichen Diplomatie vorbei sei und dass entschlossenes Handeln erforderlich sei – eine internationale Intervention, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, den Schutz gefährdeter Gemeinschaften zu stärken und den Opfern staatlich unterstützter religiöser Unterdrückung Gerechtigkeit zu verschaffen.

Nazila Ghanea, UN-Sonderberichterstatterin für Religions- und Glaubensfreiheit, sagte, dass Länder das Recht auf Religionsfreiheit und das Verbot von Folter mit Füßen treten. Sie fügte hinzu, dass ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Menschenrechtsrats die Notwendigkeit stärkerer Maßnahmen unterstreicht: Rechenschaftspflicht für schwere Verstöße statt leerer Verurteilungen.

<https://morningstarnews.org/2025/03/deterioration-of-human-rights-in-pakistan-condemned-at-un-event/>

Pakistan: Aus Schuldknechtschaft befreit

IIRF-D/BA/Tübingen/27.03.25 - „Es ist, als hätte Gott sie geschickt, um uns aus der Sklaverei zu befreien!“, rief Shamim, eine Witwe und Mutter, die zu den 113 christlichen Familien gehörte, die Barnabas aus der Schuldknechtschaft in pakistanischen Ziegeleien befreit hat.

Diese Familien waren an die Ziegeleien gebunden, weil sie sich aufgrund von Darlehen, die sie in [Zeiten der Not und Krise](#) von den Ziegeleibesitzern aufnehmen mussten, in Schulden gefangen hatten.

Shamims schwierige Reise begann, als ihr Ehemann Ashraf, ein gelernter Ziegelmacher, der mehr als den Durchschnittslohn verdiente, krank wurde.

„Die Ärzte konnten keine Diagnose stellen und unsere Ersparnisse schwanden schnell unter der Last unzähliger Arztrechnungen“, erklärte Shamim. „Wir mussten sogar unser Hab und Gut verkaufen, um über die Runden zu kommen.“

In seiner Verzweiflung nahm das Paar einen Kredit beim Besitzer des Ziegelofens auf, um Ashrafs Arztrechnungen zu bezahlen. Trotz der Bemühungen der Ärzte erlag er jedoch seiner Krankheit.

Shamim und ihr kleiner Sohn blieben auf den Schulden sitzen und waren gezwungen, zu bleiben und im Ziegelofen zu arbeiten.

Bis ihre Schulden beglichen sind, bleiben die Arbeiter an den Ziegelöfen gebunden und können nicht weggehen, um einen besseren Job zu finden. Es kann Generationen dauern, bis die ständig wachsenden Schulden beglichen sind.

Die Besitzer der Ziegelöfen verlangen von ihren Angestellten unerschwingliche Zinsen für ihre Schulden und ziehen einen Teil ihres ohnehin schon niedrigen Wochenlohns ab, um die Zinsen zu bezahlen. Den Familien bleibt kaum genug, um sich selbst zu ernähren, geschweige denn, um das geschuldete Geld zurückzuzahlen.

Manchmal müssen sogar die Kinder arbeiten, um über die Runden zu kommen. Shamims Sohn Shakeel begann bereits im Alter von sieben Jahren in den Öfen zu arbeiten.

„Es gab Zeiten, in denen wir kaum genug zum Überleben hatten“, erinnert sich Shamim.

Als sie durch die Spenden der Unterstützer des Barnabas Fund von ihren Schulden und der Schuldknechtschaft befreit wurden, lobte Shamim Gott dafür, dass er ihre Gebete um Hilfe erhört hatte.

„Ich kann gar nicht sagen, wie dankbar wir für die rechtzeitige Hilfe sind, die uns von unseren Schulden befreit hat“, sagte sie. „Ich konnte es nicht ertragen, meinen kleinen Sohn weiter leiden zu sehen.“

<https://www.barnabasaid.org/de/how-you-helped/barnabas-frees-another-113-pakistani-families-from-bonded-labour/>

Pakistan: Historisches Urteil annulliert Zwangsheirat von Shahida Bibi

IIRF-D/ICC/Tübingen/26.03.25 - Ein Zivilgericht in der pakistanischen Provinz Punjab hat in einem historischen Urteil die Zwangsverheiratung von Shahida Bibi, einem christlichen Mädchen, das im Alter von 11 Jahren entführt wurde und jahrelang Nötigungen und Missbrauch ausgesetzt war, für nichtig erklärt.

International Christian Concern (ICC) lobt diese Entscheidung als seltenen Erfolg im Kampf gegen die Welle von Zwangskonvertierungen und -verheiratungen, von denen die christliche Minderheit Pakistans geplagt wird, und würdigt den außerordentlichen Mut der Richter, die extremistischen Drohungen getrotzt haben, um Gerechtigkeit zu schaffen.

Shahidas Alptraum begann vor mehr als einem Jahrzehnt, als ihre Mutter mit einem muslimischen Mann durchbrannte, der die 11-Jährige dann seinem Bruder übergab. Nach Jahren der Gefangenschaft und der Geburt zweier Kinder wurde Shahida mit 18 Jahren in eine islamische Ehe gezwungen - ein kalkulierter Schachzug, um die pakistanischen Gesetze zur Kinderheirat zu umgehen. Mit Unterstützung von ADF International und befreundeten Anwälten erreichte ihr Fall das Gericht im Punjab, das nicht nur die Ehe aufhob, sondern auch ihre offizielle Identität als Christin wiederherstellte und ihr die Wiedervereinigung mit ihrer Familie ermöglichte. In einem Land, in dem jährlich schätzungsweise 1.000 christliche und hinduistische Mädchen ein ähnliches Schicksal erleiden, gibt dieses Ergebnis Anlass zur Hoffnung.

Die rund 4 Millionen Christen in Pakistan - etwa 2 % der 240 Millionen Einwohner - sind einer unerbittlichen Verfolgung ausgesetzt, die häufig durch die Untätigkeit der Justiz und den Missbrauch der Blasphemiegesetze noch verschärft wird. Gerichte haben in der Regel solche Zwangsehen gemäß der Scharia bestätigt und weltliche Schutzbestimmungen ignoriert, wie in Fällen wie Huma Younus, die 2020 im Alter von 14 Jahren entführt wurde. Dieses Urteil markiert jedoch eine gravierende Veränderung. Es wurde von Richtern gefällt, die ihr Leben in einem Land riskieren, in dem Fundamentalisten die Justiz ins Visier genommen haben, weil sie sich ihrer Agenda widersetzt haben.

„Dies ist ein entscheidender Moment für Pakistans Christen“, sagte ICC-Präsident Jeff King. „Die Geschichte von Shahida Bibi - von der Entführung im Alter von 11 Jahren bis zur Freiheit nach jahrelangen Qualen - macht die Brutalität deutlich, der diese Mädchen ausgesetzt sind. Der ICC applaudiert dem Gericht im Punjab und seinen furchtlosen Richtern, die sich in die Schusslinie der Radikalen begeben haben, um für Gerechtigkeit zu sorgen. Dies könnte einen echten Wandel für eine Gemeinschaft auslösen, die nach Schutz schreit.“

Der ICC fordert die pakistanische Regierung auf, diese Richter zu schützen und die Gesetze zum Schutz religiöser Minderheiten durchzusetzen, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, auf grundlegende Reformen zu drängen, um diese Krise zu beenden. „Ein Sieg löscht nicht den jahrzehntelangen Schmerz aus“, so King, „aber er ist ein Riss in der Mauer der Straflosigkeit.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Pakistan: Neue Blasphemie-Anklage

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/27.03.25 - Beamte der Federal Investigation Agency (FIA) nahmen den 24-jährigen Arsalan Gill aus Railway Quarters in Mughalpura, Lahore, am 17. März in Gewahrsam, als er von seiner Arbeit als Straßenkehrer nach Hause kam, sagte sein Bruder Suleman Gill.

Die verarmte katholische Familie war schockiert, als ein FIA-Beamter ihnen spät in der Nacht mitteilte, dass ihr Sohn verhaftet und beschuldigt wurde, blasphemische Inhalte in Facebook-Gruppen geteilt zu haben. Die FIA-Beamten ließen sie in dieser Nacht nicht mit ihm sprechen, sagte Suleman Gill.

„Am nächsten Morgen, als wir ihn endlich kurz sprechen konnten, fragten wir ihn nach dem Vorwurf“, sagte Gill gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Er sagte uns, dass ihn einige unbekannte Personen ohne sein Wissen zu zwei Gruppen auf Facebook hinzugefügt hätten und er keine Ahnung von den Inhalten hätte, die auf diesen Seiten geteilt wurden.“

Die FIA klagte Arsalan Gill unter mehreren Abschnitten des in Pakistan weit verbreiteten Blasphemiegesetzes an, darunter Abschnitt 295-C, der laut dem von der Behörde eingereichten ersten Informationsbericht (FIR) zwingend die Todesstrafe vorsieht. Er wurde auch nach Abschnitt 11 des pakistanischen Gesetzes über elektronische Verbrechen von 2016 angeklagt, das eine Freiheitsstrafe von bis zu sieben Jahren für die Vorbereitung oder Verbreitung von Informationen über ein Informationssystem oder -gerät vorsieht, das interreligiösen, sektiererischen oder rassistischen Hass fördert oder wahrscheinlich fördern wird.

Menschenrechtsaktivisten zufolge war es sehr wahrscheinlich, dass der verarmte Christ von einer „[Blasphemie-Geschäftsgruppe](#)“ ins Visier genommen wurde, die nach Angaben der Nationalen Menschenrechtskommission und der Sonderabteilung der Punjab-Polizei Hunderte unschuldiger Personen, darunter auch Christen, mit Hilfe von Fallen und pornografischen Websites in falsche Fälle von Online-Blasphemie verwickelt hat.

„Die Vorgehensweise ist in allen Fällen, die von der Anti-Blasphemie-Einheit der Cybercrime Wing der FIA registriert wurden, gleich“, sagte Rechtsanwalt Lazar Allah Rakha, der mehrere Personen vertritt, die fälschlicherweise wegen Blasphemie angeklagt wurden. „Diese Einheit arbeitet mit islamistischen Anwälten und Aktivisten zusammen, um unschuldige Jugendliche in falsche Blasphemiefälle zu verwickeln, um Geld zu erpressen und den offensichtlichen Missbrauch der Blasphemiegesetze für andere eigennützige Interessen zu verteidigen.“

Suleman Gill sagte, dass seine Familie nicht über die finanziellen Mittel verfüge, um einen Rechtsbeistand für seinen Bruder zu engagieren, und bat christliche Gruppen um Unterstützung.

„Mein Vater arbeitet als Tagelöhner, während Arsalan und ich als Straßenkehrer arbeiteten“, sagte er. „Wir leben in einer Mietwohnung und können kaum die täglichen Ausgaben unserer Familie decken. Unter diesen Umständen haben wir derzeit keine Ahnung, wie wir den Rechtsweg für die Freilassung meines Bruders beschreiten sollen.“

Untersuchungskommission zu Mißbrauch der Blasphemie-Paragrafen geplant

Das Oberste Gericht in Islamabad empfahl der pakistanischen Regierung am 2. Februar, eine vierköpfige Kommission einzusetzen, um die mutmaßliche Absprache zwischen der FIA und islamistischen Geistlichen zu untersuchen, die in den letzten zwei Jahren mehr als 400 unschuldige Menschen, darunter auch Christen, in eine Welle falscher Blasphemie-Fälle verwickelt hat.

Der Kommission sollten angehören: ein Richter am Obersten Gericht oder am Obersten Gerichtshof im Ruhestand, ein leitender Beamter der FIA im Ruhestand, ein aufgeklärter und religiöser Gelehrter, der gemeinnützige Arbeit geleistet hat, und ein führender Experte für Informationstechnologie, dessen Anwesenheit in der Kommission den Kommissionsmitgliedern bei der Untersuchung einer technologisch komplizierten Kette, die die Kommission verstehen muss, helfen wird, heißt es in der Anordnung von Richter Ejaz Ishaq Khan.

Das Gericht wies den Kabinettssekretär an, dafür zu sorgen, dass die Zusammenfassung dem Bundeskabinett zur Prüfung vorgelegt wird und dass der zusätzliche Generalstaatsanwalt die Entscheidung des Kabinetts vor der nächsten Anhörung vor Gericht vorlegt.

Der Beschluss wurde als Reaktion auf Petitionen erlassen, die von Familien von mehr als 100 Personen eingereicht wurden, die von der FIA wegen der Verbreitung blasphemischer Inhalte im Internet angeklagt wurden. Die Petenten behaupteten, dass die „Blasphemie-Unternehmensgruppe“ ihre Angehörigen in betrügerischer Absicht dazu gebracht habe, blasphemische Inhalte auf Social-Media-Plattformen zu teilen, und forderten die Einrichtung einer Untersuchungskommission und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der von der FIA registrierten FIRs.

In der Anhörung am Freitag (21. März) äußerte Khan seine Unzufriedenheit über die Antwort der Regierung auf die Petitionen und bezeichnete sie als langsam und unvollständig. Die Angelegenheit, die Hunderte von Menschenleben betrifft, habe seit der ersten Richtlinie vom 13. September kaum Fortschritte gemacht, stellte er fest.

Das Gericht betonte, dass das Innenministerium keine endgültige Erklärung darüber abgegeben habe, ob ein Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission eingegangen sei oder nicht. Ebenso habe die FIA nicht eindeutig angegeben, ob die fraglichen Beweise gefälscht oder untergeschoben worden seien, sagte er.

Der Richter ordnete daraufhin die Live-Übertragung des Verfahrens an und erklärte, dass es zu einer Angelegenheit von erheblichem öffentlichem Interesse geworden sei. Er wies darauf hin, dass der Gerichtssaal überfüllt sei und sich viele weitere Menschen draußen versammelt hätten, und wies die IT-Verantwortlichen an, unverzüglich Vorkehrungen für die Online-Übertragung des Verfahrens zu treffen.

<https://morningstarnews.org/2025/03/christian-in-pakistan-charged-with-blasphemy-for-facebook-post/>

Pakistan: Richter in Blasphemie-Fälscherring verwickelt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/27.03.25 - Ein Richter am Obersten Gerichtshof in Pakistan ist letzte Woche zurückgetreten, nachdem ein Medienbericht seine angeblichen engen Verbindungen zu einer kriminellen Bande aufgedeckt hatte, die Christen und andere fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt.

Richter Chaudhry Abdul Aziz vom Obersten Gerichtshof Lahore (LHC) reichte am 6. März seinen Rücktritt bei Präsident Asif Ali Zardari ein und begründete diesen mit „persönlichen Gründen“. Er bat um die sofortige Annahme seines Rücktritts. Er wurde im November 2016 zum Richter am LHC ernannt.

Mehrere Anwälte, darunter auch christliche Anwälte, die an der Verteidigung von Personen beteiligt waren, die der Blasphemie beschuldigt wurden, äußerten sich erleichtert über den Rücktritt des Richters, da sie Christian Daily International-Morning Star News mitteilten, wie er sie während der Fälle unter Druck gesetzt hatte.

Zuvor hatte ein Bericht der Nationalen Menschenrechtskommission (NCHR) das Fehlen eines ordnungsgemäßen Verfahrens in Blasphemiefällen einschließlich schwerwiegender Verfahrensverstöße in mehreren Phasen festgestellt.

Es wurde die Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe (JIT) durch das Ministerium für Menschenrechte empfohlen, die sich aus Beamten der Sonderabteilung der Polizei, des Geheimdienstes, des Justizministeriums, des Innenministeriums, der Bundesermittlungsbehörde (FIA) und anderer relevanter Abteilungen zusammensetzt, um sich mit den Blasphemiefällen zu befassen. Der NCHR-Bericht forderte strenge Disziplinarverfahren gegen die FIA-Beamten, die an illegalen Verhaftungen oder Bestechungsforderungen beteiligt waren, und wies gleichzeitig auf die offensichtliche Nachsicht der FIA gegenüber den privaten Einrichtungen und einzelnen Beschwerdeführern hin, die hinter mehreren Blasphemiefällen stehen.

„Ich denke, dass Aziz aufgrund des zunehmenden internationalen Drucks auf das zivil-militärische Establishment des Landes, Maßnahmen gegen die eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Pakistan zu ergreifen, zum Rücktritt gezwungen wurde, insbesondere aufgrund der starken Zunahme von falschen Blasphemie-Fällen in den letzten Jahren“, sagte ein anonym muslimischer Anwalt gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Die angebliche Verbindung des Richters mit der „Blasphemie-Geschäftsbande“ wurde in einem Untersuchungsbericht von [Fact Focus](#) aufgedeckt, einer Website, die von den Behörden in Pakistan verboten wurde. Dem Bericht zufolge hatte Aziz eine lange Geschichte des Blasphemie-Aktivismus mit Rechtsanwalt Rao Abdul Rahim, dem mutmaßlichen Drahtzieher der „Blasphemie-Geschäftsgruppe“.

Laut Fact Focus waren die beiden Anwälte im August 2012 an der Erfindung eines Blasphemie-Falls gegen die elfjährige Rimsha Masih, ein christliches Mädchen aus Islamabad, beteiligt. Obwohl eine gerichtliche Untersuchung ergab, dass der Fall gegen Rimsha völlig falsch war, wurde Aziz innerhalb von vier Jahren zum Richter am Obersten Gerichtshof ernannt, heißt es in dem Bericht weiter.

Der Bericht von Fact Focus behauptet, dass Aziz am Hohen Gericht in Lahore viele Fälle im Zusammenhang mit Blasphemie zugewiesen wurden. Unter Berufung auf einen Blasphemiefall des muslimischen Verdächtigen Ahmed Satti heißt es in dem Bericht, dass Aziz die Ablehnung der Kaution unnötigerweise vier Monate lang aufrechterhielt, bevor er die Kaution von Satti schließlich ablehnte. Schließlich entschied der Oberste Gerichtshof in demselben Fall, dass keine Beweise vorgelegt worden seien, die den Antragsteller mit den mutmaßlichen Straftaten in Verbindung bringen, und gewährte ihm eine Kaution.

Im April 2023 wies Richter Babar Sattar vom Islamabad High Court (IHC) auf die böswilligen und verdächtigen Aktivitäten in der Abteilung für Cyberkriminalität der FIA hin und ordnete an, die Arbeit an den Fällen, die unter das pakistanische Strafgesetzbuch (PPC) fallen, einzustellen und sich ausschließlich auf Angelegenheiten im Zusammenhang mit elektronischen Straftaten zu konzentrieren, so der Bericht.

„Anstatt diesen Beschluss vor dem IHC anzufechten oder vor den Obersten Gerichtshof zu bringen, brachte die Blasphemie-Bande die Angelegenheit erneut vor Richter Aziz, der die FIA erwartungsgemäß anwies, die Arbeit an PPC-Fällen wieder aufzunehmen, und damit das Urteil des IHC effektiv umging, ohne eine klare Begründung zu liefern“, fügte er hinzu.

Der Bericht enthüllte weiter, dass Rahim, als die Polizei von Islamabad kurz vor dem Abschluss ihrer Ermittlungen gegen den Anwalt Rahim im Mordfall des fälschlicherweise beschuldigten Abdullah Shah stand, bei Aziz eine Petition einreichte, in der er sich darüber beschwerte, dass die FIA – die bereits eng mit ihm zusammengearbeitet hatte – Blasphemiefälle nicht ordnungsgemäß untersuchte. Rahim forderte, dass die FIA entsprechende Maßnahmen ergreift.

„Als Reaktion darauf ordnete Richter Aziz die Einrichtung von Anti-Blasphemie-Zellen in der FIA im ganzen Land an“, heißt es in dem Bericht. „Das Vorgehen von Richter Aziz in diesem Fall sollte Rao Abdul Raheem eindeutig mediale Aufmerksamkeit verschaffen und die Polizeibeamten in Islamabad unter Druck setzen.“

Die christliche Anwältin Aneeqa Maria erinnerte sich an einen Blasphemiefall, in dem ihr Team einen Antrag auf Gewährung einer Kaution nach der Festnahme für zwei Christen, Sunny Waqas und seinen Cousin Noman Masih, gestellt hatte, die von der Polizei in Bahawalpur und der Polizei in Bahawalnagar in zwei Blasphemiefällen im Zusammenhang mit demselben Vorfall festgenommen worden waren.

„Richter Aziz war am Landgericht Bahawalpur des Obersten Gerichtshofs von Lahore tätig und der Antrag auf Kaution wurde in seinem Gericht verhandelt“, berichtete Maria gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Anstatt die Gründe für die Kaution zu beurteilen, setzte Aziz die Polizei unter Druck, Abschnitt 7 des Antiterrorgesetzes in den Fall aufzunehmen und die Angelegenheit erneut zu untersuchen. Es ist gut, dass ein derart religiös voreingenommener Richter jetzt nicht mehr Teil des Gerichts ist.“

Ein anderer christlicher Anwalt, Lazar Allah Rakha, sagte, er habe Berufung gegen das Todesurteil eingelegt, das gegen zwei muslimische Blasphemieverdächtige, Muhammad Riaz und Ejaz Ahmed, verhängt wurde und das von einem Richtergremium aus zwei Richtern, darunter Aziz, verhandelt wurde.

„Gerade als der andere Richter den Freispruch für die beiden Verurteilten verkünden wollte, trat Aziz von seinem Amt zurück, um seinen Kollegen daran zu hindern, die Berufungskläger freizusprechen“, sagte Rakha gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Der Anwalt, der zusammen mit Maria auch Sunny Waqas und Noman Masih vertrat, sagte, dass Aziz während einer Anhörung der Kautionsanträge die Beherrschung verlor und ihn beschuldigte, die wegen Blasphemie Verdächtigen zu verteidigen, „nur um etwas Geld zu verdienen“.

„Die harschen Bemerkungen des Richters sorgten für eine sehr feindselige Stimmung im Gerichtssaal und provozierten einige emotionale Anwälte, die mich umringten“, sagte Rakha. „Er setzte den Untersuchungsleiter der Polizei wiederholt unter Druck, eine neue Untersuchung durchzuführen, der schließlich eine neue *Challan* [Anklageschrift] erstellte und den Abschnitt über Terrorismus in den Fällen hinzufügte.“

<https://morningstarnews.org/2025/03/judge-implicated-in-blasphemy-entrapment-ring-resigns/>

Russland: Okkulte Praktiken

(Licht im Osten) „Wir setzen unseren missionarischen Dienst zur Ehre Jesu Christi, so gut es geht, fort. Wir verteilen Literatur auf der Straße, dürfen aber niemanden zum Gottesdienst einladen, weil das bereits als Verstoß gegen das Missionsgesetz angesehen wird.“ Ein Pastor ist wegen seiner pazifistischen Haltung und entsprechender Aussagen inhaftiert worden. Er sieht seinen Weg als eine Fortsetzung des Leidensweges seiner Väter und Großväter in der Sowjetzeit. **Bitte beten Sie**

☒ um Glaubensmut und ein festes Gottvertrauen, auch um Bewahrung für die Christen in Russland, die Jesus Christus in der Öffentlichkeit bezeugen und sich zu Gottes Maßstäben bekennen.

Pjotr berichtet von einem seelsorgerlichen Kontakt zu Alexander. „Dabei stellte sich heraus, dass Alexander schlimme okkulte Erfahrungen gemacht hatte (Totenbeschwörung, Kartenlegen, Horoskope, Besuche bei Zauberern ... und vieles mehr). Alexander klagte über schlechte Träume, in denen er gegen Dämonen kämpfte. Er wurde von verschiedenen Krankheiten geplagt. Er ließ sich in der Poliklinik untersuchen und man sagte ihm, er sei völlig gesund und die Ärzte könnten sich seinen Zustand nicht erklären. Wir berieten uns mit den Pastoren aus anderen Gemeinden und beschlossen, für seine Befreiung aus der dämonischen Knechtschaft, für seine Lossagung und Buße zu beten. Wir vereinbarten mehrere Gesprächstermine, bei denen Alexander eine Liste mit all seinen okkulten Praktiken zusammenstellte. Dann legten die Pastoren und ich einen Fasten- und Gebetstag ein, an dem wir alles taten, was wir uns vorgenommen hatten. Nach der Lossagung und dem Gebet hörten Alexanders Albträume auf. Zwei Tage später übergab er sich heftig und spuckte eine ekelerregende Flüssigkeit aus, woraufhin seine Gesundheit schlagartig wiederhergestellt war. Alle Symptome verschwanden. Alexander hat sich sehr über die Vergebung und die Befreiung gefreut. Ich muss sagen, dass ich noch nie ein so krasses Wirken der Kraft Gottes im Leben eines Menschen erlebt habe. Außer natürlich bei einer Wiedergeburt, wenn ein Mensch Buße tut.“ Auch Alexanders Schwester hatte „okkulte Erfahrungen gemacht und viele Jahre darunter gelitten. Auch hier hatten wir mehrere Gespräche mit den Pastoren, haben gefastet und gebetet. Und dann erfolgte die Lossagung und die Buße. Auch Alexanders Schwester Natalia erfuhr Befreiung von Albträumen und ständiger Angst. Jetzt besucht sie regelmäßig unsere Gottesdienste und betet für die Bekehrung ihres Mannes.

Bitte beten Sie dafür,

☒ dass diese jung im Glauben stehenden Menschen nun geistlich gefestigt werden und ein Licht in ihrem Umfeld sind.

☒ dass noch viele andere Menschen in Russland, aber auch in anderen Ländern des Ostens bei dem lebendigen Gott Befreiung von Gebundenheiten suchen und erfahren und sich ganz Jesus Christus anvertrauen. Okkulte Praktiken sind in den Ländern des Ostens leider verbreitet und richten viel Schaden im Leben von Menschen an.

Saudi-Arabien: Konssion

In Saudi-Arabien, wo die meisten Christen Gastarbeiter sind, wird jede offenkundige Evangelisation mit Gefängnis oder Deportation bestraft. Der Austritt aus dem Islam wird offiziell mit dem Tod bestraft, obwohl in den letzten Jahren keine Hinrichtungen bekannt sind. In dieser Hochburg des Islams wurde vor kurzem eine bemerkenswerte Anerkennung der religiösen Vielfalt deutlich, als die Behörden Gottesdienste für ägyptische und eritreische Christen erlaubten. Dies hat sowohl saudische als auch im Ausland lebende Christen ermutigt, dafür zu beten, dass die behördlichen Beschränkungen für Glaubensbekundungen gelockert werden können.

Bridgeway Publications vom 15. März 25, übersetzt aus dem Englischen und bearbeitet AKREF

Sri Lanka: Schwierige Erfahrungen für Konvertitin während des Ramadan

Wie eine junge Christin die Ablehnung ihrer Eltern überwindet

(Open Doors, Kelkheim) – Am kommenden Sonntag endet weltweit der muslimische Fastenmonat Ramadan. Für die 24-jährige Sharifa* aus Sri Lanka ist diese Zeit jedes Jahr mit besonderen Herausforderungen verknüpft. Denn weil sie als Einzige in ihrer Familie Jesus nachfolgt, ist sie während dieses Monats besonders hohem Druck ausgesetzt – vor allem von ihren eigenen Eltern.

Entscheidung gegen die Verbitterung

Sharifa und ihre Mutter trafen beide im Jahr 2018 die Entscheidung, Christen zu werden. Doch die Mutter kehrte während des Ramadan 2021 zum Islam zurück. Seitdem ist Sharifa als einzige Christin in der Familie immer stärker isoliert. Die Abkehr ihrer Mutter von Jesus machte Sharifa sehr zu schaffen. Zusätzlich dazu zwang ihr Vater sie, während des Ramadan islamische Rituale durchzuführen.

„Er weckte mich jeden Tag um 3 Uhr morgens auf und zwang mich, am gemeinsamen Essen und den [islamischen] Gebeten teilzunehmen. Er sagte mir, ich solle so wie sie fünfmal am Tag beten, und er zwang mich, ein Kopftuch zu tragen. Da er wusste, dass ich mich dagegen sträubte, sagte er mir, ich solle an diesen Tagen richtig fasten, und erst dann dürfe ich in die Kirche gehen“, so Sharifa.

Das Verhalten ihres Vaters verletzte sie tief und machte sie zornig. Doch statt diesen Gefühlen Raum zu geben, wollte sie die Zeit nutzen, um Jesus näherzukommen: „Ich beschloss, 14 Tage lang zu fasten und mir Zeit zum Gebet zu nehmen“, erklärte Sharifa.

Am Ende des Ramadan forderten Sharifas Eltern sie auf, sich zwischen Islam und dem christlichen Glauben zu entscheiden. „Sie sagten mir, dass sie mich nicht als ihr Kind behandeln würden, wenn ich weiterhin Christin sei. Ich betete noch drei Tage lang und sagte ihnen dann, dass ich weiterhin dem Herrn folgen werde“, so Sharifa.

Das Böse mit Gutem überwinden

Ihre Eltern machten die Drohung wahr: „Kürzlich hörte ich, wie meine Mutter jemandem am Telefon sagte, ich gehöre nicht zu ihrer Familie, weil ich Christin bin“, sagt Sharifa traurig. Diese Ablehnung zeigt sich in vielen alltäglichen Situationen. „An manchen Tagen essen sie beide, und für mich bleibt nichts mehr zu essen übrig“, so Sharifa weiter. „Meine Mutter holt meine Wäsche aus der Waschmaschine und wäscht nur ihre Wäsche.“ Immer wieder hört sie auch Aussagen wie: „Du wirst es wegen deiner Religion zu nichts im Leben bringen.“

Wenn sie sonntags von der Kirche zurückkehrt, sind Sharifas Eltern oft nicht zu Hause und die Tür ist verschlossen. „Ich warte dann draußen, bis sie zurückkommen. Wenn sie zurückkommen, sprechen sie liebevoll miteinander, aber mir gegenüber verlieren sie kein Wort.“

In solchen Situationen findet Sharifa Halt bei Jesus. „Ich schließe mich im Badezimmer ein und bete, bis mein Vater verlangt, dass ich herauskomme“, sagt Sharifa. An manchen Tagen wacht sie um Mitternacht auf und liest heimlich in der Bibel, ohne von ihren Eltern bemerkt oder gesehen zu werden.

Mithilfe einiger unserer lokalen Partner konnte Sharifa 2022 eine Bibelschule besuchen. Dadurch wuchs ihr Glauben und sie wurde neu gestärkt, mit der Situation zu Hause umzugehen.

„Bevor ich die Bibelschule besuchte, reagierte ich wütend auf meine Eltern, als sie mich zwingen wollten, zum Islam zu konvertieren. Aber jetzt habe ich gelernt, geduldig zu sein und ihnen sogar auf jede erdenkliche Weise das Evangelium weiterzugeben“, erzählt Sharifa.

*Name geändert

Quelle: Open Doors (26.03.2025)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/sri-lanka-naeher-zu-jesus-im-ramadan?pk_campaign=GM&pk_kwd=20250326

n.b.: Leichte redaktionelle Änderung des Titels durch AKREF-Mitarbeiter.

Sudan: Christen in den Mühlen des Bürgerkriegs

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/27.03.25 - Mindestens 19 Christen wurden im Januar und Februar in der sudanesischen Stadt Madani bei verschiedenen Gelegenheiten verhaftet.

Sieben Christen wurden am 21. Januar von Sicherheitspersonal der sudanesischen Streitkräfte (SAF) verhaftet, als die Gruppe von Barakat nach Madani, der Hauptstadt des Bundesstaates Al Jazirah, reiste, wie lokale Berichte belegen. Sie wurden beschuldigt, Anhänger der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) zu sein, die seit April 2023 gegen die SAF kämpfen.

Die Mitglieder verschiedener Kirchen, die dem Sudanesischen Kirchenrat angehören, waren auf dem Weg zu einem Dankgebetstreffen einer Organisation, die als Inter-Church Committee bekannt ist. Madani liegt 136 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Khartum.

Rechtsanwalt Shinbago Mugaddam bestätigte die Festnahmen und sagte, dass die Christen zunächst in der Joint Military Cell auf der Nile Avenue in Madani festgehalten wurden, wo sie eine Woche lang einem ausführlichen Verhör unterzogen wurden, bevor sie in das Gefängnis von Madani verlegt wurden.

Er identifizierte die Christen als Akech Otin, Abraham John, Patrice Saeed, Peter Makuei, Rani Andraws, Ammanuel und James. Sie alle haben bestritten, Anhänger der RSF zu sein.

Kirchenführer im Sudan sagten, es gebe keine Beweise dafür, dass die verhafteten Christen Verbindungen zur RSF hätten, und forderten ihre sofortige Freilassung.

„Eine Gruppe von Kirchenführern in der Region forderte in einem Brief der Kirchen in der Region die Freilassung der Christen, da sie keine Anhänger der RSF sind, aber die Christen bleiben im Gefängnis“, sagte Mugaddam gegenüber Morning Star News.

Etwa 94 Kilometer (58 Meilen) von Madani entfernt wurden seit Januar in Wad Rawah, im Bundesstaat Al Jazirah, 12 Christen unter dem Vorwand verhaftet, Anhänger der RSF zu sein, sagte Mugaddam. Ihr Aufenthaltsort sei unbekannt, sagte er.

Christliche Menschenrechtsgruppen bezeichneten die Verhaftungen als systematischen Versuch, den Sudan vom Christentum zu befreien.

„Dies ist eine systematische Verfolgung von Christen, die verhaftet werden, ohne dass sie vor Gericht gestellt werden, um Gerechtigkeit zu erlangen“, sagte Mugaddam.

Die vom Militär geführte Regierung des Sudan verabschiedete im Mai ein Gesetz, das Geheimdienstmitarbeitern weitreichende Befugnisse und Immunitäten zurückgibt, die ihnen nach dem Sturz von Präsident Omar al-Bashir im April 2019 entzogen worden waren. Das Gesetz über den Allgemeinen Geheimdienst (GIS/ Änderung von 2024) ermächtigt Geheimdienstmitarbeiter, Personen vorzuladen und zu verhören, Überwachungen und Durchsuchungen durchzuführen, Verdächtige festzunehmen und Vermögenswerte zu beschlagnahmen, so der [Sudan War Monitor](#).

Die Änderung gewährte umfassende Immunität und schützte Agenten vor straf- oder zivilrechtlicher Verfolgung ohne Zustimmung des Leiters des GIS. In Fällen der Todesstrafe gab sie dem Direktor die Befugnis, ein Sondergericht zu bilden.

„Jede Handlung, die von einem Mitglied der Behörde in gutem Glauben während oder aufgrund der Erfüllung seiner beruflichen Pflichten oder der Erfüllung einer ihm auferlegten Pflicht oder aufgrund einer von ihm im Rahmen einer ihm nach diesem Gesetz erteilten oder gewährten Befugnis vorgenommen wird, gilt nicht als Straftat“, heißt es in Artikel 52 des Gesetzes, so der Sudan War Monitor.

Die Bedingungen im Sudan verschlechterten sich, als sich der im April 2023 ausgebrochene Bürgerkrieg verschärfte. Dem WWL-Bericht zufolge verzeichnete der Sudan einen Anstieg der Zahl der getöteten und sexuell missbrauchten Christen sowie der Angriffe auf christliche Häuser und Geschäfte.

„Christen aller Herkunft sind im Chaos gefangen und können nicht fliehen. Kirchen werden von den Kriegsparteien beschossen, geplündert und besetzt“, heißt es in dem Bericht.

Sowohl die RSF als auch die SAF sind islamistische Kräfte, die [vertriebene Christen](#) angegriffen haben, weil sie beschuldigt wurden, die Kämpfer der jeweils anderen Seite zu unterstützen.

Der Konflikt zwischen der RSF und der SAF, die sich nach einem Staatsstreich im Oktober 2021 die Militärherrschaft im Sudan geteilt hatten, hat Zivilisten in Khartum und anderswo terrorisiert und nach Angaben des UN-Kommissars für Menschenrechte (UNCHR) Zehntausende getötet und mehr als 12,9 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen vertrieben.

General Abdelfattah al-Burhan von der SAF und sein damaliger Vizepräsident, der RSF-Führer Mohamed Hamdan Dagalo, waren an der Macht, als sich zivile Parteien im März 2023 auf einen Rahmen für die Wiederherstellung eines demokratischen Übergangs im nächsten Monat einigten, aber Meinungsverschiedenheiten über die militärische Struktur die endgültige Zustimmung torpedierten.

Burhan wollte die RSF – eine paramilitärische Truppe mit Wurzeln in den Dschandschawid -Milizen, die dem ehemaligen Machthaber Al-Bashir bei der Niederschlagung von Rebellen geholfen hatten – innerhalb von zwei Jahren unter die Kontrolle der regulären Armee stellen, während Dagalo eine Integration innerhalb von nicht weniger als zehn Jahren akzeptieren würde.

Beide Militärführer haben einen islamistischen Hintergrund, versuchen sich der internationalen Gemeinschaft aber als Verfechter der Demokratie und der Religionsfreiheit zu präsentieren.

Nach zwei Jahren der Fortschritte bei der Religionsfreiheit im Sudan nach dem Ende der islamistischen Diktatur unter Bashir im Jahr 2019 kehrte das Gespenst der staatlich geförderten Verfolgung mit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 zurück. Nachdem Bashir im April 2019 nach 30 Jahren an der Macht gestürzt worden war, war es der zivil-militärischen Übergangsregierung gelungen, einige Bestimmungen der *Scharia* (islamisches Recht) aufzuheben. Sie verbot die Bezeichnung einer religiösen Gruppe als „Ungläubige“ und hob damit die Apostasiegesetze auf, die das Verlassen des Islam mit dem Tod bestrafen.

Mit dem Staatsstreich vom 25. Oktober 2021 befürchteten Christen im Sudan die Rückkehr der repressivsten und härtesten Aspekte des islamischen Rechts.

Das US-Außenministerium nahm den Sudan 2019 von der Liste der Länder, die Anlass zu besonderer Sorge geben (Countries of Particular Concern, CPC), die „systematische, anhaltende und ungeheuerliche Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder tolerieren, und setzte ihn auf eine Beobachtungsliste. Der Sudan war zuvor von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden. Im Dezember 2020 nahm das Außenministerium den Sudan von seiner Special Watch List.

Die christliche Bevölkerung des Sudan wird auf 2 Millionen geschätzt, was 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von mehr als 43 Millionen entspricht.

<https://morningstarnews.org/2025/03/sudan-jails-18-christians-on-unfounded-allegations/>

Sudan: Ende des Krieges scheint nicht in Sicht

Armee erobert Präsidentenpalast in Khartum zurück

Khartum (Fides) - Nach zweitägigen Kämpfen hat die sudanesische Armee (Sudanese Armed Forces, SAF) heute, am 21. März, die Kontrolle über den Präsidentenpalast in der Hauptstadt Khartum aus den Händen der Milizen der „Rapid Support Forces“ (RSF) zurückerobert. Letztere hatten den Palast, ein symbolträchtiges Ziel, zu Beginn des Krieges, der im April 2023 ausbrach, eingenommen.

Die Rückeroberung des Präsidentenpalastes markiert einen weiteren Wendepunkt in den von von der Armee geführten militärischen Operationen in der Hauptstadt. Die Rapid Support Forces kontrollieren jetzt nur noch eine Brücke über den Nil, die Khartum mit dem Westsudan verbindet und über die sie Nachschub und Verstärkungstruppen erhalten oder die Stadt verlassen können. Am späten Vormittag erklärten Vertreter der RSF jedoch, dass man das Gebiet in der Nähe des Präsidentenpalastes noch nicht aufgegeben habe und der Kampf noch nicht vorbei sei.

Es ist schwer zu sagen, ob die Rückeroberung Khartums durch die sudanesische Armee unter dem Kommando von General Abdel Fattah al-Burhan ein Ende des Krieges bringen wird. Die Rapid Support Forces unter der Führung von Mohamed Hamdan Dagalo kontrollieren nach wie vor die Region Darfur im Westen des Landes, die als ihre Hochburg gilt. Die RSF haben außerdem eine „Parallelregierung“ ausgerufen, was eine friedliche Lösung des Konflikts erschwert. Der sudanesische Krieg hat zur größten humanitären Katastrophe der Welt geführt, ohne dass es seit Beginn der Kämpfe einen einzigen Waffenstillstand gegeben hätte.

Bombardierungen der RSF, Luftangriffe der kongolesischen Armee, Hunger und Krankheiten haben allein im Bundesstaat Khartum mindestens 61.000 Menschenleben gefordert.

(L.M.) (Fides 21/3/2025)

[top^](#)

Sudan: General der sudanesischen Streitkräfte spricht Drohungen aus

Südsudan und Tschad verurteilen Äußerungen

Khartoum (Fides) - Auf der einen Seite gibt es Spannungen zwischen dem Tschad und dem Südsudan und auf der anderen Seite zwischen dem Südsudan und der sudanesischen Regierung von General Abdel Fattah al-Burhan. Auslöser des Streits waren Äußerungen des stellvertretenden Oberbefehlshabers der sudanesischen Streitkräfte, Yasir Al-Atta, der am Sonntag, den 23. März, gegenüber dem Sender „Al Jazeera“ erklärte, dass „die Flughäfen von N' Djamena und Amdjarass legitime Ziele“ für die Streitkräfte seines Landes seien. Die beiden tschadischen Flughäfen werden von der sudanesischen Regierung verdächtigt, von den Vereinigten Arabischen Emiraten genutzt zu werden, um Paramilitärs der Rapid Support Forces (RSF) zu versorgen (vgl. Fides 23/10/2024).

Al-Atta drohte auch dem Südsudan.

Sowohl der Tschad als auch der Südsudan reagierten scharf auf die Äußerungen des sudanesischen Generals. „Die Äußerungen vom 23. März 2025, in denen General Al-Atta die Bereitschaft der sudanesischen Regierung und ihrer Streitkräfte erklärte, gegen die von ihm als „Verräter“ bezeichneten Personen in der Republik Südsudan vorzugehen, sind nicht nur rücksichtslos und provokativ, sondern auch ein eklatanter Verstoß gegen die Grundsätze der guten Nachbarschaft, der friedlichen Koexistenz und des Völkerrechts“, heißt es in einer Mitteilung des südsudanesischen Außenministeriums in Juba. „Die Regierung der Republik Südsudan setzt sich weiterhin entschlossen für Frieden und Stabilität in der Region ein und hat den Dialog und die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung von Streitigkeiten stets unterstützt“, heißt es in der Mitteilung weiter. „Wir bekräftigen auch unsere Forderung nach einer sofortigen Beendigung des verheerenden Konflikts im Sudan, der sudanesischen Bürger weiterhin dazu zwingt, auf der Suche nach Sicherheit über unsere Grenzen hinaus zu fliehen. Wir fordern die Führung der Republik Sudan nachdrücklich auf, ihr Engagement für friedliche Beziehungen zu bekräftigen und sicherzustellen, dass die öffentlichen Erklärungen ihrer Beamten und ihre Handlungen die Achtung internationaler Normen und der Souveränität aller Nationen widerspiegeln.“

Noch schwerwiegender ist die Reaktion des Tschad, der in einer Erklärung des Außenministeriums „diese unverantwortlichen Äußerungen, die als Kriegserklärung interpretiert werden könnten, wenn sie in die Tat umgesetzt würden“, scharf verurteilt. „Derartige Äußerungen könnten zu einer gefährlichen Eskalation in der gesamten Region führen“, heißt es in der Mitteilung weiter. „Der Tschad behält sich das legitime Recht vor, auf jeden Versuch einer Aggression gegen unser Land, gleich welchen Ursprungs, energisch zu reagieren. Sollte auch nur ein Quadratmeter tschadischen Territoriums bedroht sein, würde der Tschad nach den Grundsätzen des Völkerrechts reagieren.“

Nachdem der Tschad sein Engagement für den Frieden im Sudan bekräftigt hat, heißt es in der Note: „Es sei daran erinnert, dass der Konflikt im Sudan eine interne Angelegenheit ist, für die allein die Konfliktparteien verantwortlich sind“. In N' Djamena wird außerdem bekräftigt, dass „der Tschad, getreu seiner Tradition der Gastfreundschaft und Solidarität, Hunderttausende von Flüchtlingen aufgenommen hat und weiterhin aufnimmt, die vor den Kämpfen im Sudan fliehen, was eine erhebliche Belastung für unser Land darstellt und unser Engagement für Frieden, Solidarität und Stabilität in der Region unter Beweis stellt“.

(L.M.) (Fides 25/3/2025)

Südsudan: Eskalation im Südsudan

Christliche Kirchen fordern friedliche Lösung

Juba (Fides) - Die Situation im Südsudan spitzt sich zu: Gestern, am 26. März, wurde der Vizepräsident Riek Machar unter Hausarrest gestellt, womit sich die wiederaufgeflamten Auseinandersetzungen zwischen ihm und Präsident Salva Kiir weiter eskalieren.

Nach Angaben seiner Partei „Sudan People's Liberation Movement-in-Opposition“ (SPLM-IO), sollen Machar, seine Frau und zwei Leibwächter zu Hause festgehalten werden, weil sie beschuldigt werden, an den jüngsten Zusammenstößen zwischen der Armee und der „White Army“-Miliz in Nasir im Bundesstaat Upper Nile beteiligt gewesen zu sein.

Am Tag der Verhaftung Machars war es in der Umgebung der Hauptstadt Juba zu Artilleriebeschuss gekommen.

Die starken Spannungen der letzten Tage haben mehrere Botschaften in Juba dazu veranlasst, ihre Mitarbeiter aufzufordern, den Südsudan zu verlassen (die US-Botschaft hat ihr Personal auf das Nötigste reduziert), während sich die Appelle häufen, eine friedliche Lösung für die Krise zu finden, die das Land wieder in einen Bürgerkrieg zu stürzen droht.

„Dies ist nicht die Zeit für sinnlose Kriege; im Gegenteil, die Politiker müssen ein Klima der Einheit fördern und Friedensgespräche führen, um die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist“, so der Bischof von Wau, Matthew Remijio Adam Gbitiku.

Der „Concil of Evangelical Churches of South Sudan“ (CEOFSS) fordert „eine unparteiische Untersuchung der Ursachen dieser Konflikte. Wenn jemand für schuldig befunden wird, sollte er vor Gericht gestellt und verurteilt werden“.

Der CEOFSS äußert sich außerdem „besorgt über die Präsenz ausländischer Streitkräfte im Südsudan“ und ruft dazu auf, „die Sicherheitsfragen durch diplomatisches Engagement zu lösen und dabei die nationale Souveränität und die Stabilität des Landes zu respektieren“.

Zusätzlich zu den politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden „starken Männern“, die seit der Unabhängigkeit des Landes (2011) um die Macht ringen, ist der Südsudan von lokalen und Stammeskonflikten zerrissen, die zur Unsicherheit des Landes beitragen. Der CEOFSS weist in diesem Kontext darauf hin, dass „die Gewalt zwischen den Gemeinschaften nach wie vor ein dringendes Problem darstellt, darunter Viehdiebstähle in den Bundesstaaten Warrap und Jonglei sowie Zusammenstöße zwischen Bauern und Hirten in Teilen von Equatoria“.

(L.M.) (Fides 27/3/2025)

Syrien: Sorge über religiös motivierte Gewalt

IIRF-D/BA/Tübingen/27.03.25 - Christen in Syrien sind zutiefst besorgt um ihre Sicherheit, nachdem es Berichte über Massenmorde in den nordwestlichen Regionen des Landes gibt.

Kämpfern, die der neuen Regierung treu ergeben sind, wird vorgeworfen, mehr als 1.200 Zivilisten in den Gouvernements Latakia, Tartus, Hama und Homs getötet zu haben.

Unter den Opfern befanden sich auch einige Christen. Berichten zufolge befinden sich unter den Toten mindestens 12 Christen, doch die tatsächliche Zahl liegt wahrscheinlich höher.

Es wurde über mehrere Morde an Christen berichtet. Allerdings warnen Kirchenführer, dass nicht alle Berichte der Wahrheit entsprechen und einige übertrieben sein könnten.

Das Ausmaß der sektiererischen Gewalt hat jedoch eindeutig ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Sicherheit religiöser Minderheiten aufkommen lassen.

Am 10. März gab eine Gruppe von Kirchenführern eine Erklärung ab, in der sie die internationale Gemeinschaft aufforderte, „konkrete Schritte zu unternehmen“, um die historischen christlichen Gemeinschaften Syriens zu schützen, „die innerhalb des nächsten Jahrzehnts vom Verschwinden bedroht sind“.

„Man hat das Gefühl, dass uns niemand beschützt“, sagte ein Gläubiger in der Stadt Latakia. „Ich verspüre eine Mischung aus Angst und Vorfreude auf das, was in Syrien vor uns liegt.“

Zweifel am Engagement der Regierung für die Rechte von Minderheiten

Die Gewalt brach am 6. März in mehrheitlich von Alawiten bewohnten Gebieten aus, als Anhänger des ehemaligen Präsidenten Bashar al-Assad zu den Waffen griffen und gegen die Sicherheitskräfte der neuen Regierung kämpften.

Die neue Regierung unter der Führung von Ahmad al-Sharaa steht der sunnitisch-muslimischen Mehrheit näher, im Gegensatz zur ehemaligen Regierung, die mit der alawitischen Minderheit in Verbindung gebracht wurde.

Die Alawiten, eine Glaubensrichtung innerhalb des Islams, werden von vielen Muslimen als häretisch angesehen.

Ahmad al-Sharaa, der früher unter seinem islamistischen Kampfnamen Abu Mohammad al-Jolani bekannt war, war ein Anführer der militanten Gruppe Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), die früher mit Al-Qaida verbunden war.

Im Dezember 2024 traf sich Präsident al-Sharaa mit einer Delegation der christlichen Führungsschicht in Damaskus, nachdem er dazu aufgefordert worden war, die Rechte von Minderheiten zu garantieren.

Die jüngsten Gewalttaten lassen daran zweifeln, ob diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird.

Vor Beginn des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 lebten in Syrien etwa eine Million Christen. Diese Zahl ist inzwischen auf etwa 300.000 geschrumpft.

www.barnabasaid.org/de/news/syrian-christians-deeply-concerned-about-sectarian-violence/

Ukraine: Strafverfolgung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen wegen „Ungehorsams“

AKREF-A/27.03.25 - Ende Januar wurde der Baptist Serhy Mikhaylovych Semchuk an seinem Arbeitsplatz festgenommen und ins Gefängnis gebracht, um seine fünfjährige Haftstrafe anzutreten. Nach Ablehnung seines Antrags auf zivilen Wehrersatzdienst war Semchuk im Dezember 2022 zum Militärdienst einberufen worden. Er erklärte sich bereit, im Militär zu dienen, allerdings entsprechend seiner Glaubensüberzeugung ohne Waffen. Von der Rekrutierungsstelle wurde ihm zugesichert, dass das akzeptiert würde. Dann wurde er einer Militäreinheit zugeteilt. Im Dezember 2023 befahl der Kommandant Semchuk und anderen Soldaten, sich mit Maschinengewehren zu bewaffnen. Semchuk weigerte sich und sagte dem Kommandanten, dass es ihm sein Glaube verbiete, zu den Waffen zu greifen. Daraufhin wurde er im Januar 2024 verhaftet und nach drei Tagen in Haft bis zum Prozess auf Kautions entlassen. Am 8. Mai 2024 wurde er von Richterinnen Tetyana Shtikh von einem Gericht in Charkiw nach Artikel 402, Teil 4 des Strafgesetzbuchs für schuldig befunden („Ungehorsam bei Kriegsrecht oder in einer Kampfsituation“) und zu 5 Jahren Haft verurteilt. Semchuk erklärte vor Gericht, dass er seit 2012 Mitglied der Baptistengemeinde seines Heimatortes Brody wäre und wies dies durch eine Bestätigung des Pastors nach. „Die Glaubensüberzeugungen der genannten Kirche verbieten den Einsatz von Waffen gegen Menschen, was er anlässlich der Vorbereitung zur Mobilmachung dem Militärkommissar mitteilte“ heißt es in der schriftlichen Ausfertigung des Urteils. Semchuks Verteidiger Ruslan Pronin erklärte am 18. Februar 2025 gegenüber Forum 18: „Serhy Semchuk hat seine Ansichten, weshalb er keine Waffen ergreifen kann, vor Gericht vollständig dargelegt. Er ist bereit, alle Befehle auszuführen, ausgenommen Befehle im Zusammenhang mit Waffen.“ Derzeit (Stand März 2025) befindet sich Serhy Semchuk im Gefängnis in Lwiw, wo auch mindestens ein weiterer Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, ein Mitglied einer Pfingstgemeinde, festgehalten wird. Ein Mitglied der Baptistengemeinde von Brody erklärte gegenüber Forum 18: „Wir sind so schockiert, dass das geschehen ist. Er möchte nicht töten. Wir unterstützen das und das ist die Position unserer Gemeinde – wir haben diese Lehre.“

Semchuk war zum Zeitpunkt seines „Ungehorsams“ bereits beim Militär. Doch einer kleinen, aber steigenden Zahl von Personen, die aus Gewissensgründen die Mobilisierung verweigern und noch nicht beim Militär sind, droht eine Anklage nach Artikel 402, Teil 4 des Strafgesetzbuchs, obwohl sich dieser Artikel gegen Militärangehörige richtet. Seit Herbst 2024 berufen sich Ermittler und Staatsanwälte vermehrt auf diese Strafbestimmung. „Artikel 402 ist zu einer Taktik gegen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen geworden, um verstärkten Druck auf sie auszuüben, dass sie nachgeben, ihre Überzeugungen aufgeben und den Militärdienst akzeptieren“, erklärten Zeugen Jehovas gegenüber Forum 18. Bei einer Strafandrohung von 5 bis 10 Jahren Haft ist dies ein starkes Druckmittel. Ein Betroffener ist Volodymyr Baranov, der ebenso wie weitere 5 Zeugen Jehovas nach Artikel 402 verfolgt wird, obwohl er kein Militärangehöriger ist. Gegen weitere 7 Zeugen Jehovas werden von den Ermittlern Strafverfahren vorbereitet. Im Februar und März 2025 wurden vier wegen Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen verurteilte Zeugen Jehovas ins Gefängnis gebracht, um ihre Haftstrafen von jeweils 3 Jahren zu verbüßen.

Der vom Bezirksgericht Komintern in Odessa wegen Wehrdienstverweigerung zu drei Jahren Haft verurteilte Baptist Oleksy Vasilovich Roznyak hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Verhandlung vor dem Berufungsgericht Odessa soll am 7. April stattfinden. Valentyn Adamchuk, Mitglied einer Pfingstgemeinde, wurde ebenfalls wegen seiner Verweigerung des Wehrdienstes zu 3 Jahren Haft verurteilt, obwohl ihm das Büro des parlamentarischen Menschenrechtskommissars der Ukraine auf seinen Antrag zugesichert hatte, dass die Verfassung der Ukraine und internationale Abkommen vorrangig vor nationalem Recht gelten und daher das Recht auf Wehrersatzdienst und Befreiung vom Wehrdienst ein absolutes Recht ist und auch trotz Geltung des Kriegsrechts nicht eingeschränkt werden kann. Am 29. Januar wurde das Urteil gegen Adamchuk gefällt. Am 7. Februar erklärte er gegenüber Forum 18: „Das Evangelium verbietet uns das Töten und fordert uns auf, uns um andere zu kümmern. Militärdienst zu leisten stimmt nicht mit dem Evangelium und den Worten Christi überein.“ Auch er hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Die meisten Personen, die aus Gewissensgründen die Einberufung ablehnen, werden nach Art. 336 angeklagt („Verweigerung der Einberufung zum Militärdienst bei Mobilmachung bzw. Einberufung von Reservisten in einer besonderen Zeit“). Die Strafandrohung beträgt in diesem Fall 3 bis 5 Jahre Haft. Verfahren gegen geschätzt 200 Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen nach Artikel 336 sind bereits vor Gericht anhängig. In 171 dieser Fälle sind die Angeklagten Zeugen Jehovas, wie Vertreter der Gemeinschaft gegenüber Forum 18 berichten. Die übrigen sind Baptisten (aus registrierten und nicht registrierten Gemeinden), Mitglieder von Pfingstgemeinden und Siebenten-Tags-Adventisten. Gegen weitere 600 Wehrdienstverweigerer, die aus Gewissensgründen einen Antrag auf zivilen Wehersatzdienst gestellt haben, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte stellte fest, dass die Verweigerung des Wehrdiensts aus Gewissensgründen gemäß Artikel 18 des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte („Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“) geschützt ist und anerkennt jedermanns Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen als legitime Ausübung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. In seiner Publikation zum Thema hat das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte auch festgestellt, dass Artikel 18 ein unveräußerliches Recht gewährt, selbst in Zeiten eines nationalen Notstands, der das Leben der Nation bedroht. Auch Artikel 35 der ukrainischen Verfassung garantiert das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Das Verteidigungsministerium der Ukraine besteht hingegen darauf, dass in Kriegszeiten nicht einmal der in Friedenszeiten mit Einschränkungen erlaubte Wehersatzdienst existiert.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 14. März 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

USA: USCIRF veröffentlicht Jahresbericht über Religionsfreiheit weltweit

IIRF-D/ICC/Tübingen/27.03.25 – Die United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) hat am Dienstag ihren Jahresbericht veröffentlicht, der ein Update zum Stand der Religionsfreiheit weltweit bietet.

Hunderte von Befürwortern der Religionsfreiheit, darunter Mitarbeiter von International Christian Concern (ICC) und Mitglieder des Kongresses, versammelten sich auf dem Capitol Hill zur Veröffentlichung des Berichts.

Im neuesten Bericht von USCIRF hat die Kommission die meisten ihrer Empfehlungen aus dem Jahr 2024 beibehalten und dem US-Außenministerium geraten, 16 Länder als Länder, die besondere Aufmerksamkeit erfordern (CPC- Countries of Particular Concern) und 12 weitere für die Sonderbeobachtungsliste (SWL - Special Watch List) zu benennen. Diese Bezeichnungen können schwerwiegende Sanktionen mit sich bringen und sollen Länder dazu ermutigen, ihre Behandlung religiöser Gruppen zu verbessern. USCIRF empfiehlt auch, dass das Außenministerium sieben Organisationen als Organisationen von besonderem Interesse (EPC - Entities of Particular) für ihre schwerwiegenden Verstöße gegen die Religionsfreiheit benennt.

Zu den EPCs auf der Liste von USCIRF gehört Boko Haram, eine islamische Terrorgruppe, die für Zehntausende von christlichen Todesfällen im Norden Nigerias verantwortlich ist. Das Außenministerium hat Boko Haram in seine EPC-Liste für 2023 aufgenommen, hat jedoch die eigenen Verstöße der nigerianischen Regierung gegen die Religionsfreiheit nicht angesprochen, indem es sich weigerte, Nigeria als CPC zu benennen. USCIRF hat Nigeria seit 2009 für den CPC-Status empfohlen, eine Bezeichnung, die in den letzten Jahren zu Spannungen geführt hat.

Der Bericht von USCIRF fordert auch das Außenministerium auf, Afghanistan, Indien und Vietnam als CPCs zu benennen – Länder, die in den jüngsten CPC-Bezeichnungen des Außenministeriums nicht enthalten sind.

Bemerkenswert ist, dass USCIRF Aserbaidschan trotz der Empfehlung für die CPC-Bezeichnung im Jahr 2024, dieses Jahr die weniger gewichtige Bezeichnung SWL empfohlen hat. USCIRF-Kommissarin Vicky Hartzler, ein ehemaliges Mitglied des Kongresses, äußerte sich ablehnend zur Entscheidung der Kommission, Aserbaidschan für eine SWL-Bezeichnung zu empfehlen, und erklärte, sie glaube, dass die Bezeichnung als Land, das besondere Aufmerksamkeit erfordere, passender sei.

Der Bericht feierte auch internationale Erfolge in der Religionsfreiheit aus dem Jahr 2024, darunter die Sicherstellung der Freilassung von 135 politischen Gefangenen in Nicaragua durch das Außenministerium und die Freilassung des amerikanischen Pastors David Lin nach zwei Jahrzehnten Haft in China.

„ICC ist besonders dankbar für den Fokus von USCIRF auf die Verfolgung unserer christlichen Brüder und Schwestern weltweit“, sagte McKenna Wendt, Advocacy Manager von ICC. „Der Bericht von USCIRF ist eine unschätzbare Ressource für die internationale Gemeinschaft der Religionsfreiheit. Ich habe es genossen, über die großen Erfolge des letzten Jahres zu lesen und auf eine Zukunft hinzuarbeiten, in der die Religionsfreiheit weltweit gedeiht“.

Quelle: www.persecution.org

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]